

NR. 24 (Januar 1975) 1,–DM

WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich. Einzelpreis DM 1,00. Abopreis für 12 Nummern DM 12,00 inklusive Porto. Druck und Verlag: POLITLADEN Erlangen. Presserechtlich verantwortlich Gisela Erler, 8 München 80, Josefsburgstr.16. Abolieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag von DM 12,00 gezahlt wurde an: Wir wollen alles, Gaiganz, Konto: 4684-852 Pscha Nürnberg.
Ab 15 Exempl. Lieferung per Rechnung mit 30 % Rabatt

Diesmal:

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen :

Bochum: Proletarische Front,c/o Politische Buchhandlung 463 Bochum,Postfach 1942
Frankfurt: Revolutionärer Kampf c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 42o2
Hanburg: WWA c/o Manifest Buchladen, 2 Hamburg 13, Schlüterstr, 79
Kassel: Sozialistische Schüler- und Studenteninitiative c/o Redaktion der ' Auseinandersetzung' ,35 Kassel ,Hirtenweg 26
Köln: Arbeiterkampf c/o Heinzelhaus,5 Köln 1, Moltkestr27
München: Arbeitersache, c/o Basisbuchladen, 8 München, Adalbertstr. 41 b
Nürnbg/Erlangen: Gruppe Solidarität c/o Politladen, 852 Erlangen, Postfach 2849
Saarbrücken: Gruppe Rote Fahne c/o Politischer Buchladen ,66 Saarbrücken, Dudweilerstr. 69
Zürich/Schweiz: Klassenkampf,CH-8o25 Zürich,Postfach 1o8



ARBEITEN – MEHRARBEITEN – ÜBERSTUNDEN – ARBEITSHETZE ... ARBEITSLOS

Jugendarbeitslosigkeit in Berlin:

Wie **das** mit der Arbeitssuche ist, dazu Peter, 15 Jahre:

„Nach meinem Schulabgang im März 74 wollte ich eine Lehre beginnen. Aber ich hatte nur den Abgang der 8.E (Entlassungsklasse) der Hauptschule. Daher war es unmöglich für mich, eine Lehrstelle zu bekommen. Ich habe viele Bewerbungen abgeschickt. Manche haben von Anfang an abgelehnt, und manche ließen mich erst eine Prüfung machen, um ihre Firma nicht ins ganz so dunkle Licht zu stellen. Aber alle meine Bemühungen hatten keinen Zweck.
Nachdem ich dann die Suche nach einer Lehrstelle aufgegeben hatte, begann ich, einfach so Arbeit zu suchen, als Hilfsarbeiter. Dann ging es wieder los. Diesmal war es das Problem, daß ich Berufsschüler war. Ich habe über 70 Firmen angeschrieben und habe rumtelefoniert. Aber nichts war drin. Dann konnte ich bei Hertie als Körbchenschieber anfangen, für 2,50 DM die Stunde. Denen waren aber meine Haare zu lang. Also bekam ich keine Arbeit. Ich war ein halbes Jahr arbeitslos und bekam keine Unterstützung, bis ich dann über einen Bekannten eine Arbeit bekam, 3 Stunden am Tag".

Als Alternative werden vom Senat und der (IHK) (Industrie und Handelskammer) sog. Berufsfindungslehrgänge vorgeschlagen. Dazu der Präsident der IHK: „diejenigen Jugendlichen, die das Ziel der Hauptschule nicht erreichen, erfüllen in der Mehrzahl nicht die Voraussetzungen für eine qualifizierte Ausbildung im Betrieb. Für diese jungen Menschen muß überlegt werden, ob sie nicht durch besondere Grundlehrgänge wenigstens zu einer gewissen Berufsreife geführt werden können.". (Aus: Berliner Wirtschaft Nr. 23/1974).

Was dieser Herr da anschneidet ist natürlich sehr interessant. Denn d. h., daß ein großer Teil der Hauptschüler nur noch Hilfsarbeiter werden können. Und die Folgen der kapitalistischen Sozialisation in Familie und Hauptschule werden dann mit „fehlender Berufsreife" umschrieben. Rund 40 % aller Hauptschüler in Westberlin verlassen die Hauptschule ohne Abschluß!!!

Die Alternative, die „Berufsfindungslehrgänge", sind für die Jugendlichen ein Schlag ins Wasser. Um die Statistiken aufzufrischen, versuchen das Arbeitsamt und die Jugendämter, möglichst viele berufslose Jugendliche in diese Lehrgänge zu stopfen, mit dem Versprechen, daß man danach leicht eine Lehrstelle bekommt. Dem ist aber nicht so. Das Jugendaufbauwerk und das Jugendsozialwerk veranstalten diese Kurse, die zwischen 3 Monaten und einem Jahr dauern und vom Arbeitsamt bezahlt werden. Die Jugendlichen erhalten etwa 50 DM Taschengeld und eine Beihilfe. Am Ende des Lehrgangs erhält man aber keinen anerkannten Abschluß, sondern nur eine Teilnahmebescheinigung. Zudem wird ausgebildet in Bereichen — wo die Jugendlichen, wenn sie sich in der Industrie bewerben, erst eine Prüfung machen müssen und wahrscheinlich sowieso durchfallen — in den Elektro und Metall-Bereichen. Man kann davon ausgehen, daß man a) die Jugendlichen nur von der Straße haben will, indem man sie in diese Lehrgänge stopft, und b) es nur ein Disziplinierungsmittel ist, wo die Jugendlichen lernen, früh aufzustehen. Zudem geht es in diesen Kursen recht autoritär zu.

Daß es mit der sog. „Freiheit der Berufswahl" so und so düster aussieht, zeigt folgende Feststellung: „auf 210 im vergangenen Jahr in Berlin zur Auswahl stehenden Ausbildungsberufen konzentrieren sich über 30 % aller männlichen Schulabgänger in nur 6 Lehrrichtungen". (Der Abend, 9.3.74)

Das Interesse konzentriert sich auf die Industrie. Sie kann aus einem Überangebot sich die Leute aussuchen. Das geschieht a) durch qualifizierte Schulabschlüsse und b) durch Tests und Eignungsprüfungen. Für die Abgänger mit schlechten Zeugnissen oder ohne Abschluß heißt das, falls sie eine Lehrstelle finden, daß sie 3 Jahre ohne einen Hauch von Interesse arbeiten, zudem kommen sie dann nur in Klein- oder Mittelbetrieben unter, v. a. im Handwerk. Die Ausbildung im Handwerk ist kürzer und oft kaum zukunftsträchtig. Viele können daher nach der Ausbildung nicht weiterarbeiten, weil sie v. a. als billige Lehrlinge gebraucht werden.

Dummdreist meint ein Professor d. k.-e. Burgenstab (aus seiner sicheren Position heraus): „eine gute Ausbildung — auch wenn sie nicht dem optimalen Berufswunsch entspricht — ist nicht nur eine sichere Grundlage für berufliches und gesellschaftliches Fortkommen in „normalen" Zeiten, sondern auch ein guter Schutz gegen Arbeitslosigkeit in Krisenzeiten". (Tagesspiegel, 8.9.74)

Was heißt das? In Zukunft mußte dich auch mit einem Beruf begnügen, der dir keinen Spaß macht (wenn du überhaupt einen kriegst!). Immerhin bist du dann gegen Arbeitslosigkeit geschützt. 40 % aller Bundesdeutschen Arbeitslosen haben aber eine Ausbildung!! Das der Arbeits- oder Berufslose Jugendliche der letzte Dreck ist, wird einem dann klar, wenn man erfährt, was so abläuft während des Unterrichts in der allgemeinen Berufsschule (1 x pro Woche), sie ist Pflicht, bis man 12 Schuljahre runter hat.

Dazu Peter: „in der allgemeinen Berufsschule in Neukölln war ich im April gelandet. Ich konnte mir aussuchen, in welchen Kurs ich wollte. Ich ging in den Gärtner-Kurs. Ich habe mir sehr viel davon versprochen, so mit Blumen ein- und auspflanzen. Da ich außerdem mal Gärtner werden wollte, hat mich das sehr interessiert. Am ersten Tag bekam ich einen Spaten in die Hand gedrückt und durfte stundenlang graben. Ich dachte, naja, es wird richtig so sein. Aber als sich dann eine Woche später wieder das gleiche abspielte, da habe ich schon überlegt, was das soll. Ich bekam heraus, daß auf dem Gelände, wo die Gartenschule ist, ein Gebäude gebaut wird. Dort war eine Rohrlegerfirma beauftragt, Rohre zu legen. Wir mußten nur aus dem einfachen Grund die Löcher in den Boden graben, weil die Rohrleger dann ihre Rohre da reinlegen konnten. Ich kam mir vor wie ein Bauarbeiter. Es spielte sich immer wieder das gleiche ab. 2 Stunden buddeln, 45 Minuten Pause und dann gings weiter. Bis es mir eines Tages gereicht hat. Zwei Mitschüler und ich begannen, das Kohlrabi-Beet ebenfalls umzugraben. Wir haben es förmlich auseinandergenommen. Als unser „Polier" das mitbekam (als er mal nicht in seine Zeitung schaute), durften wir den Kurs wechseln.

Ich suchte mir die Büromaschinenmechanik aus. Hier wird 2 Stunden Theorie gemacht und 2 Stunden Praxis. Das sieht so aus: in den ersten beiden Stunden Theorie, quatscht der Lehrer für sich irgendwas, was die Schüler garnicht hören. In der Zeit betätigen sie sich woanders, nämlich unter der Schulbank und lesen ihre Comics.

In den Praxisstunden geht es ganz heiß her. Der Lehrer holt die Abzugsmaschine raus und bastelt dran rum. Die Schüler schauen mit voller „Begeisterung" zu. Das interessiert nämlich einen arbeitslosen Jugendlichen unheimlich, wie'ne kaputte Abzugsmaschine funktioniert. Aber die Schule interessiert nicht, was in den Köpfen der Schüler vorgeht. Für uns bringt der Tag nur was, wenn wir nicht zur Schule gehen. Dann schicken sie uns mit der Zeit aber die Bullen auf den Hals".

Wie es bei uns in Neukölln (Berlin) aussieht:

Neukölln ist der größte Berliner Bezirk mit ca. 300 000 Einwohnern. Der Bezirk ist praktisch geteilt. In die Altstadt und die Ortsteile Britz, Buckow, Rudow, dessen „Herz" die Betonwüste Gropiusstadt ist, eine Riesen-Neubau-Stadt mit ca. 50 000 Einwohnern. 52 % der Neuköllner Berufstätigen sind Arbeiter, 36 % Angestellte. Der Anteil der Rentner an der Neuköllner Gesamtevölkerung beträgt etwa 23 %!

Schule

Neukölln hat 11 Hauptschulen, mehr wie jeder andere Bezirk. In einem offenen Brief stellt eine Eltern-Lehrer-Gruppe-Neukölln fest: in der 1. Hauptschule verzeichnet man 180 Fehlstunden, in der 8. Hauptschule 100, obwohl man Lehrer einstellen könnte. „an der 1. Hauptschule findet seit geraumer Zeit für die 9. Klasse kein Physik-Unterricht statt. Die Schüler haben Schwierigkeiten, eine Lehrstelle als Elektriker oder Mechaniker zu finden". (offener Brief).

Zudem hat der Senat neue Ausführungsvorschriften für den Übergang von der Grundschule zur Hauptschule herausgegeben, wonach die Schüler auch auf der Hauptschule ein Probehalbjahr haben, werden während dieser Probezeit sog. Lern- und Verhaltensstörungen festgestellt, müssen sie in die Sonderschule.

1972 betrugen die Übergänge von der Grundschule zur Hauptschule:

1972 betrugen die Übergänge von der Grundschule zur Hauptschule:

Kreuzberg	57,8 %
Neukölln	42,3 %
Zehlendorf	18,4 %

und die Übergänge von der Grundschule zum Gymnasium:

Kreuzberg	21,4 %
Neukölln	23,7 %
Zehlendorf	54,4 % (1974 = 64,4 %)

(Tagesspiegel 19.9.72)

Wenn also 40 % aller Hauptschüler keinen Abschluß bekommen und in der Neuköllner allgemeinen Berufsschule etwa 40 % arbeitslos sind, bedeutet das eine totale Verelendung der Arbeiterjugend.

Jugendheime

Trotz seiner vielen Jugendlichen hat Neukölln keins der Berliner Jugendzentren. Eigentlich kann man sagen, daß in den staatlichen Jugendheimen (5) nicht viel los ist, nirgends etwa eine ähnliche Arbeit gemacht wird wie etwa im'Haus der Jugend Böcklerpark'in Kreuzberg (verstärkte Arbeit mit ausländischen Jugendlichen, Zielrichtung der selbstverwalteten Jugendzentren). Einige der Neuköllner Heime sind sehr schlecht besucht (Lessinghöhe), es wird viel gesoffen. Nur in den kirchlichen Einrichtungen läuft eine etwas systematischere Arbeit. Im März besetzten die Jugendlichen der Genezareth-Gemeinde das Jugendheim, als die offene Jugendarbeit eingestellt werden sollte. Die Bullen räumten das Haus.



Berliner Arbeitslose in Zahlen

Anfang Dezember 1974 gab es in Berlin über 23 000 Arbeitslose, das sind 2,7 % (Bundesdurchschnitt 3,7 %). Für Berlin heißt das, auf 23 000 Arbeitslose kommen 7 800 offene Stellen. Dazu gibt es momentan 11 104 Kurzarbeiter in 153 Betrieben. Chancen haben derzeit nur qualifiezierte Facharbeiter.

Arbeitslose nach Branchen:	
Metall und Elektriker-Berufe:	4 105
Bauberufe:	2 862
Verwaltungs- und Büro-Berufe:	2 506
Warenkaufleute:	1 531
Bekleidung:	938

Die Jugendarbeitslosigkeit stieg von Februar 73 bis zum Februar 74 um 250 % (von 290 auf 736 Leute). Seit Februar hat der Senat und andere Stellen keine vollständigen amtlichen Zahlen mehr veröffentlicht. Als letzte Zahl liegt nur das Ergebnis der Umfrage an der allgemeinen Berufsschule Neukölln vor, wo von 1 342 Befragten Schülern 531 kein Arbeitsverhältnis hatten (Oktober 74). In Berlin gibt es aber mehrere allgemeine Berufsschulen!!

Was ist mit den Lehrstellen los?

1973 wurden ca. 6 000 Ausbildungsverhältnisse abgeschlossen, es verließen aber 12 000 Schüler die Schulen (wobei die Schüler, die weiterführende Schulen besuchen, mitgerechnet sind, nicht jedoch die Abiturienten) zur Zeit befinden sich auch nur 37 % aller Berufsschulpflichtigen Mädchen in einem Ausbildungsverhältnis.

Das Angebot an offenen Lehrstellen nimmt ab. Von 1969 bis zum Februar 74 ging die Zahl der offenen Lehrstellen von 18 000 auf nur noch 4 560 zurück (die später noch aufgestockt wurden). In den letzten Jahren blieben viele Stellen unbesetzt (meist handwerkliche Kleinbetriebe), das würde sich jetzt aber ändern, wenn die zahlenmäßig starken Jahrgänge die Schulen verlassen.

„Verließen 1973 weniger als 12 000 Schüler ohne Abitur die Schule, sind es 1977 (4 Jahre!) mehr als 18 000. Genauer gesagt, steigt die Zahl der Schulabgänger von 1973 = 100 % auf 1977 = 153,5 %. Dieses mehr an 53,5 % von Schulabgängern erfordert ein gleiches mehr an Ausbildungsplätzen, zumal der Senat von Berlin davon ausgeht, daß künftig 55,4 % der Schulabgänger in anerkannte Ausbildungsberufe gehen, d. h. konkret werden 1977 über 10 000 geeignete Ausbildungsplätze erforderlich. Das tatsächliche Angebot von Ausbildungsplätzen (geeignet?) betrug wie gesagt 1973 knapp 9 000. Hält jedoch der bereits geschilderte Trend von Ausbildungsangeboten an, verschärft sich die Situation zusätzlich. Die bisher geschilderte Annahme ging immer davon aus, daß die Abiturienten sich nicht in die angebotenen Ausbildungsplätze drängen. Dieser Vermutung widerspricht jedoch der numerus clausus an den Hochschulen". (Aus: freies Wort, Mitgliedsorgan des DGB-Berlin, November 74, s. 21) Das würde bedeuten, daß nur noch für jeden 2. Schulabgänger ohne Abitur eine Lehrstelle zur Verfügung steht, die Abiturienten nicht gerechnet.

Durch den numerus clausus und die Attraktivität des Staatsdienstes drängen (jetzt schon!) viele Abiturienten in diese Ausbildungszweige (Gehobene- und Organisationstätigkeiten), die vorher meist den Realschülern oder Fach- und Verwaltungsschülern offen blieben. So ist auch die Bewerber-Quote von Abiturienten für den höheren Dienst bei der Polizei von 20 im Jahre 1973 auf 80 am Ende 74 gestiegen., die Realschüler konkurrieren mit den Hauptschulabgängern, wobei letztere schlechter abschneiden werden. Da allgemein das sog. Bewerber-Niveau steigt, wird es für Hauptschüler schwieriger, gewünschte Berufe zu erlernen (z. B. Aufnahmeprüfungen in der Industrie, gespickt mit Mathe, Physik, Chemie). Für Hauptschüler ohne Abschluß oder Sonderschüler ist es jetzt fast schon unmöglich, überhaupt eine Lehrselle zu finden, geschweige einen Hilfsarbeiterjob, weil a) derzeitige Wirtschaftslage, b) weil der Berufsschultag bezahlt werden muß, c) geringere Verwendungsmöglichkeit wegen dem Jugendarbeitsschutzgesetz.

In der Gropiumstadt gibt es für 5 000 Jugendliche nur ein Jugendheim. Da gibt es ständig Putz und irgendwas geht jeden Tag kaputt.

Knast

Für die Jugendlichen ohne Arbeit und für die, die sich langweilen, bleibt oft nur der Weg in die Kriminalität, um sich über Wasser zu halten. In Neukölln ist zudem auch das schnüffeln unter Kindern und Jugendlichen sehr akut. Von welchen Experten all diese Jugendprobleme von staatlicher Seite her behandelt werden, zeigt die Äußerung des Jugendstadtrates Simanowski (SPD) der behauptet, daß schnüffeln nicht so gefährlich ist wie etwa die Benutzung von Drogen.

Auch in der Jugendkriminalität steht Neukölln an 1. Stelle. 1972 betrug die Zahl der abgeschlossenen Verfahren der Jugendgerichtshilfe 1 522 Verfahren (nächster Bezirk Reinickendorf 1 060). Darunter 886 Eigentumsdelikte. Die Jugendkriminalität stieg in Berlin von 1960 bis 1973 um 70 %.

In Neukölln steht auch einer der Berliner Jugend-Knasts, das sog. Café Schönstedt, eine Jugendarrestanstalt für männliche Jugendliche. Man unterscheidet hier zwischen Freizeit-, Kurz- und Dauerarresten. 1973 saßen 185 in Dauerarrest. Man kann hier einfahren von 14–18 Jahren. Von den 185 im Dauerarrest saßen 87 wegen Diebstahls und schweren Diebstahls, 46 waren im Heim gewesen. „Im letzten Jahr waren mehr Schüler (27) als Lehrlinge (18) im Arrest. Nur sieben hatten eine abgeschlossene Berufsausbildung, 135 waren ohne Beruf. Auffällig ist der hohe Anteil derer, die eine Sonderschule besucht haben, oder besuchten: 39 Jungen. Realschüler und Gymnasiasten waren insgesamt nur drei im letzten Jahr im Arrest". (Tagesspiegel 1974) 90 % der Inhaftierten im Café Schönstedt kommen aus Kreuzberg und Neukölln.

Ausländische Jugendliche

Eine GEW-Tagung Ende 1973 brachte folgende Ergebnisse: es gibt 8 253 ausländische Jugendliche im berufsschulpflichtigen Alter. (Dunkelziffer 50 %). Für das Schuljahr 1973/74 waren jedoch nur 1 578 Jugendliche bei den Berufschulen gemeldet (ca. 20 %). Von diesen 20 % stehen jedoch nur 4 % in einer Berufsausbildung, die anderen sind entweder Hilfsarbeiter oder arbeitslos, bei den nicht gemeldeten ausländischen Jugendlichen wird es nicht anders sein.

Der Anteil der Ausländer an der Arbeitslosenquote beträgt in Berlin 6,2 %.

Was können wir machen?

Wir sind ehrlich genug, zu sagen, daß wir noch keine klaren Vorstellungen haben, was wir zu Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit etwa im Stadtteil machen können. Zudem ist der Diskussions- und Informationsstand zu diesen Themen sehr gering. Von den Linken allgemein versucht nur die KPD bisher hier einzugreifen, indem sie in gewohnter Form dazu auffordert, Arbeitslosen-Komitees zu bilden.

Die Arbeitslosigkeit ist noch keine Massenerscheinung, tritt aber auch schon in unseren eigenen Reihen auf. Und selbst hier sind wir momentan noch nicht in der Lage, das irgendwie aufzufangen. Geschweige denn nach außen zu treten, etwa in Hauptschulen, Jugendheimen, Berufsschulen und im Stadtteil allgemein zu intervenieren. Es fehlt uns dazu ein Konzept und eine Alternative, wie die Arbeitslosen selber ihre eigene Sache praktisch angehen können.

Wir sehen unsere Möglichkeiten z. Zt. nur darin, über persönliche Kontakte zu arbeitslosen Jugendlichen- und Arbeitern mehr über ihre derzeitige Situation und ihrer Familien zu erfahren und u. u. gemeinsam zu überlegen, was man dagegen macht. Zugleich wollen wir aber auch Kontakte zu Sozialarbeitern und Erziehern ausbauen, die mit Jugendlichen arbeiten, und uns mit Leuten in Verbindung setzen, die auf dem Arbeitsamt arbeiten, um mehr über die bürokratische Abwicklung von Anträgen u. dergl. zu erfahren und hier Möglichkeiten zu suchen, den bürokratischen Weg zu unterlaufen.

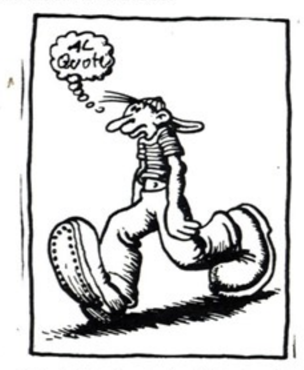
Mehr können wir im Moment nicht bieten.

Berlin-Neuköllner-Genossen

bericht einer jungen arbeitslosen
als ich einmal aushilfsweise
an einem composer
arbeitete,
beschloß ich, doch lieber arbeitslos
zu bleiben.

Was sagen die Statistiken zur Arbeitslosigkeit ?

Die Klassenrealität in der BRD haben wir in der WWA bisher vor allem aus der Perspektive der Kämpfe dargestellt, vor allem aus der Perspektive der Kämpfe, an denen wir selbst beteiligt waren. Das ist richtig so, denn es ist die wichtigste Perspektive. Aber diese Perspektive ist auch begrenzt, manchmal ist es halt nur eine Froschperspektive. Wir wollen uns deshalb in Zukunft bemühen, Materialien zu veröffentlichen, die man zur genaueren Einschätzung der Klassenrealität braucht und die man auch in der Agitation verwenden kann. Wir denken an Daten zur ökonomischen Entwicklung, zu Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeitskraft, aber auch Materialien über die Entwicklung in den Gewerkschaften, über staatliche Maßnahmen, die die Arbeiterklasse betreffen. Es käme dabei darauf an, solche Fakten zu bringen, die die bedeutsamen Tendenzen für die Entwicklung der Klassenauseinandersetzung anzeigen. Wir können dabei in der Regel nicht auf Ergebnisse eigener Untersuchungsarbeit zurückgreifen, sondern sind auf bürgerliche Quellen angewiesen, soweit wir können, werden wir dabei auf Fallstricke hinweisen, die die bürgerlichen Wissenschaftler und Pressefritzen auslegen, um die Klassenrealität zu vernebeln.



Seit 1970 nimmt die Zahl der Arbeitslosen (AL) beständig zu. 1970 waren es im Jahresdurchschnitt 0,7 % der Erwerbstätigen (d. h. ca. 150 000), das war der niedrigste Stand der Arbeitslosigkeit in der BRD, der einige Male auch in den 60er Jahren erreicht wurde (1962, 1965). 1973 waren es durchschnittlich 1,2 %, im Jahre 74 werden es durchschnittlich 2,6 % gewesen sein, d. h. im Schnitt 600 000 AL. Zum Jahresende 74 waren es 4,2 % oder 946 000 Leute, die keine Arbeit hatten. Dieser Jahresschnitt wurde zum letztenmal 1959 errechnet (damals waren es aber aufgrund der geringen Zahl der Erwerbstätigen 540 000 gegenüber 600 000). Die 4,2 % Quote zum Jahresende gab es 1958 zum letztenmal.

Die Zahl der fast 1 Million AL bedeutet aber, daß viel, viel mehr Leute ihre ArbeiT verloren haben (wieviele kann man nicht genau sagen, dazu schweigt die bürgerliche Statistik). In der jeweils ausgewiesenen Zahl der AL fehlen aus systematischen Gründen:

1. die nicht- oder nicht mehr registrierten AL (Jugendliche, die aufgrund ihrer schulischen Ausbildung eh keine Chance sehen, einen Job zu finden; häufig Frauen, die jetzt wieder „nur" Hausfrauen sind, – entweder weil sie sich nie beim Arbeitsamt gemeldet haben oder weil sie nach der Zeit, in der sie ein Arbeitslosengeld bezogen haben, sich nicht mehr registrieren lassen, da sie keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe mehr haben. Dies ist dann der Fall, wenn ihre Männer noch ausreichend Arbeit haben, nach Meinung des Arbeitsamtes!
2. die älteren Entlassenen, die vorzeitig in Rente oder Pension gehen, häufig genug mit weniger Geld.
3. die Ausländer, die als AL keine Aufenthaltserlaubnis mehr bekommen und „frei-" oder unfreiwillig wieder in ihre Heimatländer zurückkehren müssen.
4. diejenigen, die zwar entlassen werden, aber innerhalb kürzerer Zeit eine neue Stelle finden. Man kann sich vorstellen, unter welchen Bedingungen viele eine neue Stelle annehmen müssen, wenn sie wissen, daß auf eine offene Stelle fast vier AL kommen (Verhältnis der AL zu offenen Stellen im November 74, BRD-Durchschnitt 1 : 3,6) Neben den AL gibt es noch 180 000 nicht Arbeitslose, die gerade eine Stelle suchen!

Das Ausmaß der Umstrukturierung durch Entlassung mit Hilfe der Krise ist also sehr viel größer, als es die Zahl der AL andeutet. Was unter dem Druck dieser Zahlen – und der 703 000 Kurzarbeiter im Dezember 74 – in den Betrieben los ist, bleibt bei ser Betrachtung zunächst außer acht. Nur soviel: der Krankenstand sinkt rapide, im Schnitt von 10 auf 4 % in den Betrieben, in denen entlassen wurde; die Produktivität sinkt nach Angaben der Kapitalisten vom BDI nicht entsprechend der Zahl der Entlassungen und der Kurzarbeiter, d. h. weniger Kollegen, die sich nicht leisten können krank zu sein, schaffen mehr.

Die AL-Quoten schwanken regional ziemlich stark, das hängt meist mit der Branchenstruktur einer Region zusammen. Die Arbeitsamtsbezirke mit den höchsten und niedrigsten Arbeitslosenquoten sind:

Leer	6,5	Reutlingen	1,3
Emden	5,9	Stuttgart	1,4
Pirmasens	5,9	Nagold	1,6
Gelsenkirchen	5,2	Lörrach	1,6
Passau	5,1	Pforzheim	1,7
Coesfeld	5,1	Göppingen	1,7
Schwandorf	5,0	Ravensburg	1,8

Gebiete mit einseitiger und schwacher wirtschaftlicher Struktur sind deutlich stärker betroffen, als die Gebiete in denen man eine sehr vielfältige Struktur findet. Auffällig ist dabei Baden-Württemberg, wo die niedrigsten AL-Quoten zu finden sind, allerdings gibt es in diesem Gebiet prozentual die höchste Ausländerarbeitslosigkeit, 26 % gegenüber 13 % im Bundesdurchschnitt.

Zunahme der Arbeitslosigkeit im Jahre 1974, jeweils in Prozent gegenüber dem Monat des Vorjahres:

Januar	+ 74 %	Juli	+ 127 %
Februar	79	August	138
März	96	September	154
April	115	Oktober	152
Mai	116	davon Männer	177
Juni	124	Frauen	129



Frauen und Ausländer häufiger arbeitslos – zur Zusammensetzung der Arbeitslosenzahlen

Von den 672 000 AL im Oktober 74 waren 356 000 Männer und 316 000 Frauen, damit liegt die AL-Quote bei den Männern bei 2,5 % bei den Frauen bei 3,8 %. Seit dem Sommer steigt die Quote für die Männer allerdings schneller als für die Frauen (als Folge der zunehmenden Krisenerscheinungen in der Metall- und der Bauindustrie). Frauen werden früher entlassen als Männer: Ende Juli 74 betrug die Frauenarbeitslosigkeit schon 3,1 % während die der Männer noch bei 1,8 % lag. Mehr als ein Drittel der arbeitslosen Frauen waren Teilzeitarbeiterinnen, die man zuerst nach Hause schickte.

Die Zahl der arbeitslosen Ausländer beträgt 88 000. Auch sie steigt prozentual schneller als die Gesamtarbeitslosigkeit, im Oktober 74 lag die AL-Quote bei 3,4 %, bei den Deutschen 3,0 %. 88 000 sind 13 % der AL, ihr Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen liegt dagegen bei 10 % im Bundesdurchschnitt. Den höheren Anteil der Ausländer nennen die bürgerlichen Statistiker ihre „höhere berufliche und regionale Mobilität"! Die AL-Quoten schwanken regional sehr stark, aber auch nach Nationalitäten: sie ist am höchsten und am niedrigsten bei:

	AL-Quote	Anteil
Griechen	4,6	10
Italiener	4,3	17
Türken	3,9	24
Portugiesen	1,3	3
Jugoslaven	2,8	21
Spanier	2,9	7

Die unterschiedlichen Quoten hängen wahrscheinlich mit den Branchen und den entsprechenden Qualifikationen zusammen, auf die sich die Nationalitäten unterschiedlich verteilen. Der Fall Baden-Württemberg (niedrigste Gesamt-AL-Quote von 2,0 % aber überproportionale Ausländerarbeitslosigkeit) läßt auch auf differenzierte Entlassungsstrategien des Kapitals schließen: Die deutschen Kollegen befrieden, die Ausländer abspalten. Welche Rolle da die „kampfstarken" Gewerkschaften Baden-Württembergs spielen, kann man sich denken, sie gucken zu.

Die letzten vorfindbaren Daten zur Berufs- und Altersstruktur der Arbeitslosen stammen aus dem Mai 74: danach verstärkt sich die Arbeitslosigkeit gegenüber früheren Untersuchungen vor allem in den mittleren Jahrgängen. Die Jugendarbeitslosigkeit (allerdings vor Ende des Schuljahres) war damit **nicht** höher als die durchschnittliche AL, sie betrifft aber vor allem diejenigen, die aus Haupt- und Sonderschulen entlassen werden, die Kapitalisten sortieren also aus. Nach derselben Untersuchung hatten 51 % der Männer und 64 % der Frauen ohne Arbeit keine Berufsausbildung. Die Verteilung sieht für Männer und Frauen so aus:

Arbeitslose	ohne Berufsbildung	57 %
	Angelernte	6 %
	mit Lehre	30 %
	mit Fachschule	4 %
	mit Hochschule	3 %

Für Personen ohne Berufsausbildung beträgt damit die AL-Quote 3,6 % für solche mit beruflicher Ausbildung 1,3 %, für Leute, die studiert haben 0,7 %. (alle Zahlen Mai 74).

Zur Altersverteilung der Arbeitslosigkeit:

	AL-Quote	Anteil
unter 20 Jahren	8,5	9,1
20 bis 25	14,6	11,2
25 bis 35	25,2	23,2
35 bis 55	37,9	42,5
55 bis 65 u. m.	13,8	14,1

Die Dauer der mittelfristigen Arbeitslosigkeit nimmt zu:

	Sept. 73		Mai 74	
Monate	Männer	Frauen	Männer	Frauen
bis 3	53	61	50	49
3–12	34	35	43	47
12 u. m.	13	4	7	4

Ausländer (Mai 74)	
Männer	Frauen
64	54
34	45
2	2

In den gegenuber den deutschen relativ geringeren Zahlen bei der langfristigen Arbeitslosigkeit für Frauen und Ausländern spiegelt sich der oben erwähnte Verschleierungseffekt der AL-Statistik: die abgeschobenen Ausländer und die „wieder nur" Hausfrauen reduzieren die Zahlen erheblich.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit hängt nach dieser Untersuchung weniger mit der Qualifikation, mehr mit dem Alter und dem Geschlecht zusammen: Frauen und Ältere sind länger arbeitslos.

In der nächsten WWA wollen wir ein paar Daten zur Branchenstruktur der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit bringen



Bericht des Solidaritätskomitees für entlassene Opelarbeiter (in Zusammenarbeit mit der Gruppe oppositioneller Gewerkschafter in der IGM bei Opel)

Die A. Opel AG gehört zum größten privatwirtschaftlichen Unternehmen der Welt, dem General-Motors-Konzern. Der amerikanische Konzern mit seinen 140 Betrieben und ca. 800 000 Beschäftigten (Zahlen nach Opel-Post 6/7 73) erzielte laut Süddeutscher Zeitung vom 8. 2. 74 einen Rekordgewinn von 2,4 milliarden Dollar. Nach Firmenmitteilung lag der bisherige Rekord bei 2,16 milliarden Dollar.

In der Fahrzeugproduktion nahm Opel 1972 die zweite Stelle hinter Chevrolet im Konzern ein. Sein Anteil am GM-Rekordgewinn lag laut offizieller Bilanz 1973 bei 352 mio. D-Mark Jahresüberschuß sowie eine Dividendenausschüttung von 299 mio. D-Mark.

Auch in Krisenzeiten stimmen bei Opel die Bilanzenn. Erstes Beispiel war die Krise 66/67. Kurzarbeit, verschärftes Arbeitstempo und Massenentlassungen steigerten die Profite der Opel-Herren auf dem Rücken der Arbeiter. Einige Zahlen aus der offiziellen Bilanz kennzeichnen diese Krisenpolitik:

Ende 1966
Beschäftigte 57 067 Jahresüberschuß
Ende 1967
Beschäftigte 50 346 Jahresüberschuß
D-Mark
110,8 mill. Dividende
D-Mark
55 mill
248,4 mill. Dividende
248 mill



Autofabrik geschlossen

BARCELONA, 9. Januar (Reuter). Die Leitung der spanischen Automobilfirma SEAT in Barcelona hat nach einem Streik von rund 7000 Arbeitern am Mittwoch das Werk für unbestimmte Zeit geschlossen. Die Firmenleitung begründete diesen Schritt nach Angaben aus Gewerkschaftskreisen damit, daß die Streikenden die Arbeitsaufnahme verweigert hätten.

Opel: Krisenpolitik

Seit Dezember 1973 spüren die Kollegen zum zweiten Mal, was Krise bei Opel bedeutet. 55 Arbeitstage Kurzarbeit von Dezember 73 bis Dezember 74 bedeuten für einen Arbeiter, verheiratet, 2 Kinder, bei einem Stundenlohn von 9,– DM, einen Lohnverlust von monatlich mindestens 43,– DM. Diese Rechnung stimmt aber nur auf dem Papier. Im Jahr 72 bis September 73 gab es bei Opel noch Sonderschichten und Überstunden. Diese Mehrarbeit war nötig, den Lebensstandard aufgrund der hohen Preissteigerungen und niedrigen Lohnerhöhungen zu erhalten. Abbau von Überstunden und Kurzarbeit brachte für die große Mehrheit der Kollegen von Januar bis Oktober 74 eine monatliche Lohneinbuße von 200,– bis 400,– DM gegenüber dem Vorjahr. Gegen den hohen Lohnverlust fordert die Belegschaft seit Beginn der Kurzarbeit:

Voller Lohn bei Kurzarbeit!

Das Unternehmer-Argument „Kurzarbeit verhindert Entlassungen" ist gemessen an Opels Krisenmaßnahmen leeres Gerede. Die „heimlichen" Entlassungen stiegen 1974 rapide an und wurden hauptsächlich mit zu vielen Fehlzeiten begründet. Diese Entlassungen, (bis zu 49 monatlich sind möglich ohne als Massenentlassungen beim Arbeitsamt angemeldet werden zu müssen) treffen vorwiegend kranke Kollegen. Die Art der Entlassung findet bei Paul Lorenz, Betriebsrats-Vorsitzender von Opel-Rüsselsheim vollstes Verständnis. Zu der Entlassung eines Vertrauensmannes wegen seiner „Fehlzeiten" (Krankheit) äußerte er im „Rüsselsheimer Echo" vom 26.6.74: „bei den Amerikanern gilt nun einmal der Satz, wer zuletzt kommt, muß zuerst gehen"!

Während der Krankenstand im November 73 bei 12 bis 14 % lag, betrug er im November 74 5,07 %. Dazu meinte Dr. Schlotfeld, Opelpersonalchef, Mitglied des Vorstandes, in einem Rundfunkinterview am 5.9.74 im WDR. 1. Programm: „warscheinlich haben wir es heute mit einem echten Krankenstand zu tun . . ."

Unsicherheit und Angst, ihre Existenzgrundlage wegen „zu vieler Fehlzeiten" zu verlieren, veranlassen die Kollegen, ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit zur Arbeit zu gehen. Mitte September starb Kollege Klaus Puls. Nachdem er sich noch gerade zur Arbeit geschleppt hatte, wurde er eine halbe Stunde später vom Sanitäter nach Hause geschickt. Dort angekommen erlag er einem Herzinfarkt.

Als „kaschierte Massenentlassungen" versteht die Opelbelegschaft die zwei Abfindungsprämien von Juli und November 74. Nur ein geringer Teil der Betroffenen, die sowieso gehen wollten (Weiterbildung, Bundeswehr) sind vom Abfindungsverfahren begeistert. Die große Mehrheit geht aus Not und Angst, evt. bald ohne Abfindung auf der Straße zu stehen. Das Beispiel der 200 spanischen Kollegen, die im März 73 wegen nicht-Verlängerung der Arbeitsverträge von Opel entlassen wurden, veranlaßt hauptsächlich ausländische Arbeiter, die Abfindungsprämie zu nehmen.

Die Existenzangst der Belegschaft nützen die Opel-Herren zusätzlich aus, um politische Entlassungen vorzunehmen. Hier sei nur die Entlassung des Vertrauensmannes und Sprecher der ausländischen Vertrauensleute in der Vertrauenskörperleitung, Abdul Kheder genannt, der für die Interessen seiner Kollegen eintrat.

Insgesamt wurde der Belegschaftsstand bei Opel Bochum von 19 583 Ende September 73 auf rund 15 000 Ende November 74 reduziert und soll noch weiter auf 14 500 Beschäftigte herabgedrückt werden. Vorerst hat Opel ca. 3 700 Beschäftigte per Aufhebungsverträge allein bei Opel Bochum entlassen.

Trotz Entlassungen werden zu hohe Stückzahlen pro Schicht produziert. Das bedeutet Mehrarbeit bei verschärftem Arbeitstempo. Unterdrückung, Schikane und Verunsicherung der gesamten Belegschaft wird zusätzlich durch **ständige Umbesetzungen** im ganzen Werk verstärkt. Neuerdings sollen auch Facharbeiter im Akkordlohn am Band beschäftigt werden. Obwoh es bisher heißt „Lohnverlust soll nicht vorkommen", befürchtet jeder Lohneinbußen bei längerer Umbesetzung.

Opels Krisenpolitik muß im Rahmen der GM-Krisenmaßnahmen gesehen werden. So wurden laut Züricher Zeitung vom 20. Dez. 74 in den amerikanischen GM-Betrieben für Neujahr 75 neue Entlassungen angekündigt:

16 000 Arbeiter auf unbegrenzte Zeit
41 000 Arbeiter auf die Dauer von 1–4 Wochen

Die Gesamtzahl der Entlassenen GM-Arbeiter beträgt dann 132 000, wobei 91 000 Arbeiter ihren Arbeitsplatz auf unbegrenzte Zeit verloren haben. Die Entlassungen in den GM-Betrieben und die Schließung des Montage-Werkes in Kopenhagen, sowie die Krisenentwicklung in den deutschen Betrieben geben Anlaß zu der Frage, ob weitere **Werksstillegungen** oder wie in Amerika Produktionseinschränkung durch **nur eine Schicht,** geplant sind.

Folgende Anhaltspunkte bestimmen in der Bochumer Opelbelegschaft die Diskussion über evt. geplante Produktionsverlagerungen oder Reduzierung der Belegschaft auf eine Schicht:

In der Opel-Post 10/74 erklärte Dr. Schlotfeld, Mitglied des Vorstandes: „ganz allgemein gesprochen laufen wir Gefahr, daß sich im Zuge der steigenden Herstellungskosten Teile der Inlandsproduktion in solche Länder verlagert, in denen bei zunehmender Industrialisierung das Lohnniveau unter unserem liegt".

Die Züricher Zeitung vom 24. Dez. 74 berichtet, daß GM für 150 mio. DM die British Leyland gehörenden Authi-Werke in Spanien übernimmt, mit allen 4 500 Beschäftigten und weitere 4 000 Arbeitskräfte einstellen will.

Als vor einiger Zeit eine spanische Delegation im Bochumer Opel-Werk die Waggons- und Verladeeinrichtungen ausgemessen hatte, wurde davon gesprochen, daß die End- und Fertigmontage dichtgemacht und nach Spanien verlegt werden sollte.

Weiterhin wurde bekannt, daß verschiedene Vorgesetzte, in der Hochkonjunktur aus Rüsselsheim nach Bochum geholt, wieder nach Rüsselsheim zurück gehen.

Welche Schritte unternimmt in dieser unsicheren Situation der Opel-Betriebsrat und die IGM?

Schon vor den Werksferien forderten 100 Vertrauensleute in einer Resolution eine Vertrauensleute-Vollkonferenz mit folgenden Forderungen an die Unternehmensleitung:

Offenlegung der lanfristigen Unternehmensplanung im gesamten Konzernbereich,
Garantie der Aufrechterhaltung der quantitativen und qualitativen Beschäftigung der Belegschaft,
Voller Lohn bei Kurzarbeit.

Die geforderte Vollversammlung fand nie statt.

Eine ähnliche Erklärung: gegen die Durchführung der Kurzarbeit, die Belegschaft hat ein Recht zu wissen, wie die Unternehmensplanung aussieht, wurde von nur 6 Betriebsräten von insgesamt 39 unterzeichnet.

Alle Anträge der Geschäftsleitung auf Kurzarbeit bejahten die 33 Betriebsräte mit dem Scheinargument: „Kurzarbeit verhindert Entlassungen"! seit Okt. 74 (im Frühjahr 75 sind neue Betriesratswahlen) versucht dieser Mehrheitsblock, die Kurzarbeitstage auf 6 im Monat zu halten und höher liegende Anträge der Geschäftsleitung abzuwenden.

Anstatt sich für die Forderungen der Belegschaft einzusetzen, interessiert sich die Betriebsratsmehrheit für das Problem, wie der Automobilabsatz gesteigert werden könnte. Günter Perschke, Betriebsrats-Vorsitzender in Bochum und Aufsichtsratsmitglied der A. Opel AG, erklärte hierzu in der Westf. Rundschau vom 12.2.74 „mir ist die Gesamthaltung der Bundesregierung gegenüber der Geschwindigkeitsbegrenzung unverständlich. Diese Hinhalterei verunsichert ja alle Autokäufer, die wissen ja nicht, welchen Wagen sie nehmen sollen, einen schnellen und großen oder einen kleinen, der dem Tempo-Limit genügt". Am 19.2.74 konnte man dann in der WAZ lesen: der Opel-Gesamtbetriebsrat hat sich am Montag brieflich an den Bundeskanzler gewandt und die Aufhebung der Geschwindigkeitsbegrenzung gefordert. Über eine weitere „Aktivität" berichtete die WAZ am 5.10.74: eine Heraufsetzung der Kilometerpauschale auf 50 Pfennig fordert der Gesamtbetriebsrat der Adam Opel AG in einer Resolution, die dem Bundestag und dem Bundesrat zugestellt wird. In der Betriebsrätevollkonferenz des Unternehmens wurde die Forderung mit den gestiegenen Kosten für den Autohalter begründet.

Wen wundert es bei dieser Einstellung der Betriebsräte noch, daß laut Opel-Post 10/74 Vorstandsmitglied Dr. Schlotfeld seine Ansprache auf der erwähnten Betriebsräte-Vollkonferenz mit den Worten schließt: „ich appeliere auch dieses Mal an Ihr Verantwortungsbewußtsein, die Zusammenarbeit auf der betrieblichen Ebene in dem Geist fortzusetzen, von dem sie bisher im wesentlichen geprägt war".



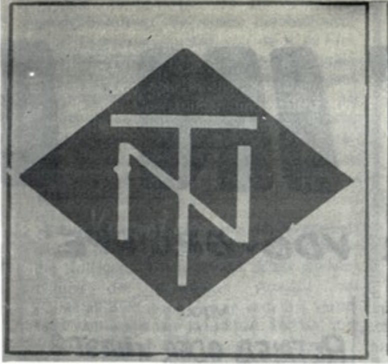
Auf der Betriebsräte-Vollkonferenz forderte auch der Vorsitzende der IGM, Eugen Loderer, daß der Staat den Autokauf erleichtern soll. (vgl. WAZ vom 4.10.74) den 12 000 IGM-Mitgliedern bei Opel-Bochum ist damit nicht geholfen. Sie brauchen eine Gewerkschaft, die ihrer Empörung gegen Kurzarbeit, Arbeitshetze und Entlassungen entsprechenden Ausdruck verleiht. Stattdessen erklärt der IGM-Vorstand zum Thema Entlassungen in der IG-Metallzeitung vom 22.1.74: „wir fordern alle Betriebsräte und Vertrauensleute auf, Entlassungen von ausländischen Arbeitnehmern nur dann zuzustimmen, 1. wenn grundsätzlich und ohne Unterschied nach Nationalität soziale Auswahlgrundsätze angewandt werden . . ." usw.

Neustes Beispiel, daß höhere IGM-Funktionäre nicht bereit sind, den Protest der Automobilarbeiter zu organisieren, zeigte die Funktionärs-Versammlung der Kölner-Metallbetriebe, der Vorschlag für eine Demonstration gegen Kurzarbeit und Entlassungen wurde mit 122 zu 188 Stimmen abgelehnt.

Weitere Informationen, Dokumente, Zahlen Details und Interviews mit Bochumer Opelkollegen können vermittelt werden. Das Solidaritätskomitee ist zu erreichen über die evangelische Studentengemeinde Bochum, Uni-Center, Telefon: 70 14 65

Für Rückfragen bei der Opel-Geschäftsleitung in Bochum Telefon: Bo Vorwahl/391

aus der Betriebszeitung der Genossen, die bei "Telefonbau u. Normalzeit" (in Ffm) arbeiten:





Wir alle erinnern uns noch deutlich an das Geschwätz von Betriebsrat Hoffman: „Die 142 Entlassungen sollten die Arbeitsplätze sicherer machen – bis Weihnachten sollte es keine weiteren Entlassungen geben!"

Was ist aber tatsächlich passiert: Derselbe Betriebsrat hat vor kurzem schon wieder 6 neue Entlassungen unterschrieben (Haberer)!

Es ist klar, daß die TN jetzt – weil sie weitere Massenentlassungen erst nach einer Frist von 6 Monaten durchführen darf – erst mal die Kollegen los werden will, die durch die ständig verschärfte Ausbeutung schon so krank sind, daß sie größere „Fehlzeiten aufweisen. Das ist in ihrem Programm begründet, mit weniger Arbeitern mehr Profit zu produzieren!

Es ist aber auch klar, daß ein Betriebsrat niemals diesem Bestreben einer Geschäftsleitung zustimmen darf. Der TN Betriebsrat aber tut das genaue Gegenteil: er unterschrieb vor ca. 5 Wochen sogar die Entlassung eines jugoslawischen Kollegen, der schon im Sommer bei einem Betriebsunfall die Finger seiner Hand in der Stanzerei verlor. In geradezu zynischer Weise wurde der Kollege von Geschäftsleitung und Betriebsrat ausgetrickst: Die dem Meister vorgelegte Krankmeldung im Oktober war plötzlich um einen Tag vordatiert, die nachträgliche Änderung deutlich zu erkennen. Daß ein Kollege so dumm sein könnte der Krankenkasse und der Fabrik unterschiedlich datierte Krankmeldungen einzureichen, glaubte der Betriebsrat sofort und unterschrieb die fristlose Kündigung obwohl er gerade hier eine Entlassung auf jeden Fall hätte verhindern können. Das zeigt deutlicher als je zuvor, was wir von Betriebsräten vom Schlage Hoffman und Konsorten noch alles erwarten können in Zukunft, wenn die TN im nächsten Frühjahr weitere Hunderte Angestellte und Arbeiter entlassen will.

Die Geschäftsleitung bereitet sich schon auf die nächsten Massenentlassungen vor. Und der Betriebsrat hat ihr schon dabei geholfen!

In der Abt. Dillmann werden Überstunden und Samstagsarbeit gemacht, was ohne Zustimmung des Betriebsrates überhaupt nicht möglich ist.

Die Betriebsvereinbarungen über das Vorarbeiten für Weihnachten nutzt nur der TN: Für uns ist die Stunde mehr pro Tag nichts anderes als eine Überstunde – bezahlt bekommen wir sie aber nur als eine ganz normale Arbeitsstunde – und am Ende des Monats, das haben wir bei der letzten Abrechnung erlebt, sind die Steuern dann durch die Anrechnung der Vorarbeitsstunden auf November und Dezember und durch das Weihnachtsgeld so hoch geworden, daß unter dem Strich kaum mehr steht als in den anderen Monaten. Im Januar aber wird uns das Geld dann hinten und vorne fehlen. Die Geschäftsleitung aber schlägt mit Überstunden gleich 2 Fliegen auf einmal: 1. kassiert sie ordentlich ab, und 2. wird praktisch alles auf Lager produziert, da das Soll bis Jahresende schon fast überall erreicht ist. Überfüllte Lager aber werden ihr einmal als Argument für neue Entlassungen dienen und uns zum zweiten unsere Möglichkeiten erheblich einschränken, uns gegen neue Entlassungen zu wehren. Deshalb können wir am besten gegen neue Entlassungen kämpfen, wenn wir schon jetzt alle Überstunden ablehnen. Die IG-Druck und Papier hat das deutlich erkannt und forderte deshalb auch die anderen Gewerkschaften auf zum gemeinsamen Überstundenboykott – bis zu unserem Betriebsrat wird diese Einsicht nie durchdringen, wenn wir nicht kräftig nachhelfen.

Kollegen, aus all den Punkten, die hier beschrieben sind, geht ganz klar hervor, daß der Betriebsrat nicht unsere Interessen, sondern die der Geschäftsleitung vertritt. Der Satz: „Durch die Entlassungen im Oktober werden die Arbeitsplätze gesichert", entpuppt sich als eine einzige große Lüge. Auf der einen Seite stimmt er den Entlassungen zu, auf der anderen Seite stimmt er auch den Überstunden zu und sagt auch nichts zu den Stoppern, die sich im Moment quer durch alle Abteilungen stoppen. Durch einen Überstundenboykott aber könnten viele Arbeitsplätze „gesichert" werden.

Kollegen, fordern wir von unsern „Arbeitervertretern": An jedes Schwarze Brett eine Erklärung, und zwar in allen Sprachen, warum sie den Überstunden und gleichzeitig den ständigen Entlassungen zustimmen.

Unsere Möglichkeiten im Kampf gegen Entlassungen

KEINE WEITEREN ÜBERSTUNDEN!

KEINE AKKORDERHÖHUNGEN!

denn jede Verschärfung der Arbeitshetze macht Arbeiter überflüssig.

WAS DIE GESCHÄFTSLEITUNG MIT DEN PÄSSEN DER AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN WILL...

Seit einigen Wochen werden alle ausländischen Kollegen aufgefordert, ihre Pässe im Personalbüro vorzulegen. Die Begründung von der Geschäftsleitung:

1. sie wollen überprüfen, ob ausländische arbeiter hier illegal arbeiten.
2. in zukunft sollen die Betriebsversammlungen nach nationalitäten getrennt abgehalten werden.

Als ob die Geschäftsleitung unsere Nationalität nicht aus unseren Personalakten feststellen könnte... Das diese Begründungen fadenscheinig sind, ist jedem von uns klar. Viele von uns denk en, daß T&N deshalb unsere Pässe sehen will, damit die Firma in Zusammenarbeit mit der Ausländerpolizei uns auf kaltem Weg entlassen kann. Das geht so vor sich: T&N benachrichtigt die Ausländerpolizei darüber, daß sie soundso viele ausländische Kollegen nicht mehr braucht. Die Ausländerpolizei verlängert dann die demnächst ablaufenden Aufenthaltsgenehmigungen nicht mehr. Die Firma ist dann aus dem Schneider und braucht, wenn sie zu Massenentlassungen greift, um den Profit zu retten, für einen Sozialplan und Abfindungen keinen Pfennig zu zahlen.

<u>WIR FORDERN DIE GESCHÄFTSLEITUNG AUF? UNS EINE KLARE ANTWORT ZU GEBEN</u>! Sie soll uns öffentlich im Betrieb erklären, daß sie nicht mit der Ausländerpolizei zusammenarbeitet und keine Listen über die demnächst auslaufenden Aufenthaltsgenehmigungen aushändigt.

Außerdem wollen wir wissen, was der Betriebsrat für eine Meinung dazu hat und warum er bisher seinen Mund nicht dazu aufgemacht hat!

<u>WAS WIR WISSEN MÜSSEN UND TUN SOLLEN!!</u>

Jeder Kollege, dessen Aufenthaltsgenehmigung in den nächsten 3-4 Monaten abläuft, sollte unverzüglich zur Ausländerpolizei gehen und sich <u>jetzt</u> sofort, solange er noch Arbeit hat, seine Aufenthaltsgenehmigung verlängern lassen. Falls das abgelehnt wird, <u>muß man einen Grund dafür genannt bekommen</u>! Wir müssen diese Begründung kennen, für den Fall, daß sie uns ausweisen. Gegen die Begründung kann man juristisch vorgehen. Diesen juristischen Schritt kann man aber dann <u>nicht</u> mehr machen, wenn die Aufenthaltsgenehmigung entgültig abgelaufen ist und nicht mehr verlängert wird. In dem Fall kann uns die Ausländerpolizei <u>sofort und ohne Umstände</u> aus der BRD ausweisen.

Alle Kollegen, die Schwierigkeiten mit der Ausländerpolizei und ihrer Aufenthaltsgenehmigung haben, sollen uns anrufen oder uns schreiben. Wir werden auf jeden Fall alles Mögliche tun, ihnen zu helfen.

Kurzmeldungen!

Warum kein Geld mehr für Reformen da ist :

– Investiert ein Unternehmer für 1 Million DM, bekommt er jetzt vom Staat 75.000 DM geschenkt. (Wahrscheinlich als Belohnung dafür, daß er wieder einige Arbeitsplätze wegrationalisiert hat)

– Gelingt es ihm, diese Investition als 'energiesparend ' zu 'verkaufen', bekommt er nochmals 75.000 DM, also zusammen 150.000 DM !!

– Stel lt ein Unternehmer vor dem 1.5. einen Arbeitslosen fest ein, braucht er ein halbes Jahr lang nur die Hälfte des Lohnes zu zahlen; di e andere Hälfte schenkt ihm der Staat.

Selbst F. J. Strauß sieht die Gefahr, daß damit Millionen von Steuermitteln denen zugute kämen, ' die sie gar nicht bräuchten' .

Nachdem die 'Neue Hannoversche Presse' ihr Erscheinen einstellte und der Druck mit der 'Hannoverschen Allgemeinen Zeitung' zusammengelegt wurde, demonstrierten 800 Druckereifacharbeiter Mitte Dezember durch die Hannoversche Innenstadt gegen Entlassungen !

Quellen: ID + Bild

Toll: Einen Tag kostet alles nur die Hälfte

Rom, 25. Oktober

„Heute kostet alles nur die Hälfte", verkündeten italienische Kommunisten vor einigen Supermärkten in Rom und Mailand. Dann stürmten sie die Läden, besetzten die Kassen und ließen Hunderte von Hausfrauen mit Bergen von Waren zum halben Preis passieren. Bei Zusammenstößen mit der Polizei wurden elf Frauen festgenommen und acht Polizisten krankenhausreif geschlagen.

Zu Geldstrafe und 3 Monaten Gefängnis mit Bewährung wurde die während des Streiks bei Pierburg/Neuß von der Polizei festgenommene und mißhandelte Arbeiterin Mermela verurteilt. Ihr wurde Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen.

Der DGB-Anwalt nannte das Urteil annehmbar.

Taubstumme Spezialisten

SEATTLE, 9. Januar (ddp). Eine Gruppe von Taubstummen ist seit sechs Monaten im Flugzeugbau der Boeing-Werke in Renton im amerikanischen Bundesstaat Washington beschäftigt. Die sechs Männer wurden speziell für eine Tätigkeit ausgebildet, die mit einem ohrenbetäubenden Lärm verbunden ist. Wie ein Sprecher der Firma erklärte, haben die sechs bereits gezeigt, daß sie gewisse Arbeiten besser ausführen können als ihre hörenden Kollegen.

KAMPF IN VDO

BERICHT DER VDO-GRUPPE

Zur Diskussion über die Arbeit in Frankfurter Betrieben

Frankfurt täuscht. – Jeder weiß laut Bildzeitung, daß hier am meisten „Mörder, Millionäre und Marxisten" leben und daß die Bank- und Versicherungshäuser, die Konzentration zur Finanzmetropole, das Stadtbild mehr prägen als Großbetriebe und proletarische Stadtviertel.

So hat auch die militante Häuserkampfbewegung und ihre soziale Zusammensetzung (meist Lehrlinge, Schüler und Studenten und nur einige Emigranten) zwar den herrschenden „linken" Reformismus in große Schwierigkeiten gebracht. Eine entscheidende **tragfähige soziale Verbindung** zu großen Teilen der deutschen und ausländischen Arbeiter und öffentlichen oder städtischen Angestellten hat diese Bewegung nicht herstellen können.

Getroffen hat der Häuserkampf das Elend des politischen Reformismus', seine Unfähigkeit, die Interessen der Menschen in dieser Stadt kämpferisch und lebendig gegen die kapitalistische Organisation von Arbeiten, Wohnen und Leben durchzusetzen.

Keine Perspektiven konnte dieser beispielhafte Kampf um besetzte Häuser und die Mietstreikbewegung für das Wohnungsproblem vor allem von über hunderttausend Emigranten in dieser Stadt, für Tausende von Wohnungssuchenden und für die Vertreibung deutscher Mieter an die Außenränder von Frankfurt eröffnen.

„Reformen gehen nicht im Kapitalismus", sagte OB Rudi Arndt auf dem Höhepunkt des Häuserkampfes, und das meinen, nicht nur in Frankfurt, inzwischen viele.

Hier liegt der Dreh- und Angelpunkt jeder weiteren Diskussion um eine klare politische Aussage zu den Massenproblemen in dieser Stadt und auch für die Entwicklung revolutionärer Organisationsformen, die sich in Massenkämpfen bewähren müssen.

LUCHA EN VDO

Spätestens hier ist deutlich geworden: Frankfurt ist auch eine Arbeiterstadt: hier ist es nicht der alles bestimmende Großbetrieb wie der Opel in Rüsselsheim, sondern mittlere Produktionsschwerpunkte (Frauenbetriebe!) wie im Gallusviertel (Adler, T & N), wie in Bockenheim (Hartmann & Braun, VDO und Günther) und in Heddernheim (VDM und VDO–OTA), außerdem die Mittelbetriebe der Hanauer Landstraße und in Rödelheim. Von besonderer Bedeutung sind die Zentralen von Post und Bundesbahn, bei denen tausende von Frankfurtern arbeiten, und nach wie vor die Stadtwerke und SPD-Verwaltungen, die 1973 zum erstenmal seit Jahrzehnten wieder, gewerkschaftliche (ÖTV) Streikerfahrungen gemacht haben.

Wir meinen nicht, daß in Frankfurt die organisierte Durchsetzung von Lebensinteressen ausschließlich aus den Betrieben kommen kann. Das würde die Kampferfahrungen unterschätzen, die im Häuserkampf, in der Straßenbahn-Kampagne und der Jugendhausbewegung viele Hauptschüler, Lehrlinge und Oberschüler gerade außerhalb der Fabrik und gewerkschaftlicher Kontrolle über Jahre hinweg gemacht haben. Es gilt für den Revolutionären Kampf (RK), der nach den Erfahrungen in der Opel-Arbeit inzwischen in Frankfurter Betrieben und Klitschen Fuß zu fassen versucht, ein politisches Verhältnis zu diesen besonderen Bedingungen in Frankfurt zu gewinnen.

Die T & N-Gruppe im Gallus hat das politische Problem für die Entwicklung praktisch-proletarischer Initiativen in ihrem Bericht über den Kampf gegen Entlassungen (WWA No. 22 S. 7) so benannt: „Während den 2 bis 3 Wochen unserer extrem intensiven Arbeit bei T & N ist uns klar geworden, daß wir aus der Situation der Isoliertheit einer Betriebsgruppe herauskommen müssen und wenigstens mit anderen Frankfurter Betriebsgruppen diskutieren müssen, wie eine Arbeitsteiligkeit, wie ein politischer Konsens unter uns erreicht werden kann, insbesondere in einer Situation, in der wir mit einer Offensive der Kapitalisten konfrontiert sind, die über die Frage von Entlassungen hinaus allgemeine politische Fragen für uns alle wie Krise, Restrukturierung, Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse, Tarifrunden etc. auf die Tagesordnung setzt. Dem haben wir eine Antwort entgegenzusetzen, die nicht von uns als kleiner Betriebsgruppe allein gelöst werden kann".

Diese Antwort aus den Betrieben heraus ist in Frankfurt besonders schwierig. Es gibt keine selbständige Kampftradition, keine entwickelte gewerkschaftlich-reformistische Betriebs-Linke, außerdem die schwächste Großstadt-DKP in Westdeutschland, alles Bedingungen, die z. B. im Ruhrgebiet mitentscheidend für die Entwicklung der Arbeiterkämpfe sind.

Deshalb ist die Diskussion um die multinationale Organisation, um proletarische „Stützpunkte" (sprich kleine Zentren) um die Betirebe herum und eine multinationale Betriebszeitung aus den Betrieben dabei ein entscheidender Schwerpunkt unserer Arbeit.

Wir, die VDO-Gruppe, wollen mit unserem Bericht drei Sachen:
Keine Jammerei über die Schwierigkeit politischer Arbeit in einem Betrieb, der fast nur noch mit dem Knast vergleichbar ist, sondern:

1. Material und Erfahrung darstellen, die die Diskussion über einen Betrieb mit so unterentwickelter Kampferfahrung und einem fast lückenlos angelegten Repressionssystem möglich macht. (Wir halten das nicht für eine Ausnahme, sondern für Bedingungen, die vielleicht nicht so extrem-viele andere Genossen und Genossinnen in ihren Betrieben vorfinden).
2. Wir stellen durch unsere Arbeit die bisher entwickelten Formen linker Intervention in Betrieben in Frage wie Betriebszeitungen, Flugblätter, Vertrauensleute-Arbeit, das Eingreifen auf Betriebsversammlungen, Kleber etc., da sich diese traditionellen „Waffen" linksradikaler Betriebspolitik für die Situation im VDO als stumpf erwiesen haben.
3. Gerade darum braucht unsere Arbeit die politische Diskussion um die Perspektiven revolutionärer Massenarbeit. Wir wollen die Diskussion fortführen, die die Allianz-Frauengruppe in der WWA No. 20, die T & N-Gruppe in der WWA No. 22 und die Multinationale Sonntags-Versammlung in der WWA No. 23 angefangen haben.

VDO:

BETRIEB ODER KNAST?

VDO gehört der Fam. Lieselott Linsenhoff (Olympiasiegerin im Dressurreiten 1972) privat.

Der Konzern stellt alle Arten von Meßgeräten, Armaturen und elektrischen Schaltungen her für die Rüstung, die Automobilindustrie, Schifahrt und für Industrieanlagen. Sie betreiben Produktionsanlagen nicht nur in über 20 Betrieben in Westdeutschland, sondern auch in Frankreich, Portugal, Indien, den USA, Südamerika (bes. Brasilien) und Kanada – bis Ozeanien.

Man kann ganz klar sagen, daß die VDO aufgrund ihrer hochentwickelten Produktionstechnik und der modernsten Entwicklungsabteilung mit ihrer „breiten Produkten-Palette" in Europa die Monopolstellung hat und auf dem internationalen Markt dominiert. Zur Zeit kaufen sie sich (40 %) bei der französischen Meßgeräte-Fabrik Jaeger ein, um diese „auf den heutigen Stand der Technik zu bringen".

Dazu „erwirtschaftet" der Konzern große Extra-Profite durch Niedrigst-Löhne (80 % der Arbeiterinnen in Lohngruppe II), Produktionsstätten in Gefängnissen, Nervenkliniken und Beschäftigung eines hohen Anteils von Debilen und Körperbehinderten, auch unter den Emigranten.

Dadurch ist das Unternehmen ökonomisch krisenfest trotz der Krise in der Automobilindustrie und es laufen nicht mehr Entlassungen als sonst. Klar, ein bißchen taktisch eingesetzte Kurzarbeit.

Im Faschismus ist der Betrieb als Musterbetrieb (Rüstungsproduktion) immer wieder vorgezeigt worden. Die Produktion lief damals zeitweise mit eingesetzten französischen Kriegsgefangenen. Noch heute sitzen im Verwaltungs-Apparat auffällig viele Nazis, insbesondere SS.

Bockenheim:
Wir arbeiten im Hauptwerk in Frankfurt-Bockenheim. Der Bau ist angelegt wie ein Gefängnis, mit zwei hermetisch abgeriegelten und einsehbaren Innenhöfen. In den Gebäuden mit bis zu sieben Stockwerken sind annähernd 4000 Leute eingepfercht; davon 70 % (2800) Emigranten, davon 2000 Frauen. 25 % (1000) sind Angestellte, die den Arbeitern Tür an Tür auf der Pelle hocken und das Klima in den Produktions-Abteilungen ständig vergiften.

Die Produktionssäle sind groß angelegt, aber in mehrere Unterabteilungen aufgeteilt, die durch Stellwände abgetrennt sind. Die Betriebsschlosser müssen ständig neue Abtrennwände aufstellen; die einzelnen Sektionen werden so immer kleiner, immer isolierter voneinander, die Kontrolle größer und die Spaltung wird verfeinert. In allen Zimmern Weißkittel. Die Meister sind in einer CDU-Meister-und-Angestellten-Gruppe organisiert. Abteilungen und Stockwerke sind durch lange und schmale Gänge verbunden; es fällt auf, daß es überall Türen gibt, zu den Treppenhäusern schwere, jederzeit verriegelbare Stahl-Pendeltüren.

Ein **Streikversuch**, von dem später noch genauer die Rede sein wird, ist hauptsächlich durch dieses Terrorsystem abgewürgt worden: die Stahl-Pendeltüren zu den Treppenhäusern verriegelt, an jeder ein Meister postiert, der die Frauen einzeln auf's Klo begleitet; in den Abteilungen normal drei, jetzt aber fünfzehn Weißkittel, die zur Einschüchterung rumbrüllen und einzelne massiv unter Druck setzen. Keine Abteilung wußte, was in der anderen los ist, und kein Kontakt war möglich. Die Werkschutz-Schlägertruppe brauchte diesmal gar nicht einzugreifen.

Normaler Terror:
Generell ist die Arbeit in VDO so organisiert, daß keiner auch nur einen Augenblick unkontrolliert ist. Abgesehen von dem irren Akkord-Terror (vgl. abgedruckte Betriebszeitung), der kaum eigene Pausen zuläßt, führen die Meisterschweine Listen mit täglichen Eintragungen über Toilettengänge und Kantinenbesuche der Frauen.

Steuerflucht der Linsenhoff soll mit 10 Millionen belohnt werden!

VDO-Chefin Liselott Linsenhoff ist nach zwei Jahren aus ihrem Steuerparadies in der Schweiz in die Bundesrepublik zurückgekehrt. Durch die Steuerflucht waren ihr damals statt 60 Millionen DM nur 30 Millionen DM Steuern berechnet worden.
Von diesen 30 Millionen hat sie bisher nur 10 Millionen DM bezahlt. Statt den Steuerflüchtling Linsenhoff streng zu bestrafen, bot der Hessische Wirtschaftsminister Karry der Konzernchefin jetzt an, ihr die Steuerschuld zu erlassen und die schon bezahlten 10 Millionen DM auch noch zurückzuzahlen. Damit, so meinte der Minister, könne Frau Linsenhoff die Arbeitsplätze bei der VDO sichern.

Die Arbeiter und Angestellten bei der VDO wissen aber sehr genau, daß die Linsenhoffs gerade im letzten Jahr ihre durch die Steuerflucht vorenthaltenen 50 Millionen DM zu allem anderen als zur Sicherung der Arbeitsplätze genutzt haben.



DAS IS' SE!

Die VDO Belegschaft ist seit Dezember 1973 von Kurzarbeit betroffen. Seit einem halben Jahr werden durch ein Einstellungsstopp frei gewordene Stellen wegrationalisiert. Durch den bevorstehenden Umzug einzelner Abteilungen nach Schwalbach sollen weitere Arbeitsplätze verschwinden. Für die Lehrlinge, die im Februar fertig werden, reichen die vorhandenen Stellen zur Übernahme nicht aus.

Also: Arbeitsplatzunsicherheit, Kurzarbeit und bevorstehende Entlassungen für die Arbeiter und Angestellten auf der einen Seite. Auf der anderen Seite vergrößert die Linsenhoff ihr Kapital mit den uns vorenthaltenen Steuermillionen: Vor kurzem erhöhte die VDO-Chefin ihr Kapital bei der französischen Konkurrenzfirma Jaeger auf 40 %!
Die Sicherheit der Arbeitsplätze der VDO-Belegschaft ist ihr egal, wenn nur ihr Profit stimmt.

Auch in der **Kantine** Terror: ein extra Kantinen-Aufsichts-Meister meldet jeden, der auch nur eine Minute vor der Pause etwas will.

In den großen Bandabteilungen wird während der Pausen das **Licht ausgeschaltet**: die Frauen stellen Kerzen auf, um essen zu können.

Die **Toiletten** werden immer wieder mal stichprobenartig aufgeschlossen; wenn eine(r) beim Scheißen auf der Brille steht, weil es zum Sitzen zu dreckig ist, wird er gekündigt; daß sie manchmal niemanden finden, ist ihnen auch egal: pro Monat fliegen unter diesem Vorwand ein paar raus. Und der Betriebsrat unterstützt die Rausschmisse!

Gegen eine so begründete Kündigung haben Emigrantinnen spontan Unterschriften gesammelt. (Wir machten ein Flugblatt zu diesem Scheiß-Haus-Skandal und unterstützten die Kollegin vor Gericht; doch beim Prozeß gegen Top-Anwälte, die Geschäftsleitung und Betriebsräte von VDO konnten wir nichts ausrichten).

Die Sauerei, daß die **öffentlichen Telefonzellen** nur in den Pausen geöffnet sind, hat jetzt zu Protesten geführt; aufgrund eines Artikels in der Betriebszeitung No. 3 haben die Spanier und Türken auf ihren Betriebs-Versammlungen von sich aus darüber diskutiert. Ein Kleber „Telefonzellen auf!" in fünf Sprachen war massenhaft in der Fabrik.

Aber was sind Kleber gegen diese organisierte Gewalt!

Betriebsrat: Mini-Massa und Interessenvertretung der Geschäftsleitung

In der VDO gibt es keinen üblichen Betriebsrat. Das Betriebsverfassungs-Gesetz (BVG) gilt nicht bei VDO. Die minimalste gewerkschaftliche oder betriebliche Interessenvertretung, selbst in Einzelfällen, gibt es nicht. Womit alle SPD- und IGM-Berufsbetriebsräte regelmäßig ihre Wiederwahl und ihre Freistellung von der Arbeit vor ihren Kollegen rechtfertigen, ihre „tägliche Kleinarbeit", die Hilfe in Härtefällen, und ihr „Kampf" um Handschuhe, Klimaanlagen, Milch und Lohnzulagen, das alles ist für einen VDO-Betriebsrat undenkbar.

Hier ist alles ganz anders: seit 26 (!) Jahren regieren Linsenhoffs den BR, 26 Jahre (!) geführt von einem Georg Schreiber, der als Modell-Prolet im CDU-Wahlkampf vorgeführt wird, der sogar im selben CDU-Ortsverein wie die Linsenhoff sitzt. Den Kollegen ist er als aktiver Vertreter der Geschäftsleitungs-Politik bekannt. Er hat sich in diesen Jahren einen in Hessen einmaligen Apparat für diese Schweinepolitik geschaffen:

➔ den 26-Leute Betriebsrat zu einer Abstimmungsmaschine degradiert, die nur alle 3 Wochen tagt und die Linsenhoff-Schreiber-Beschlüsse bestätigt.

➔ Keiner der im BVG zwingend vorgeschriebenen Ausschüsse tagt, außer dem Entlassungsausschuß, wo nur noch die 5 freigestellten Betriebsräte unter sich sind.

➔ Betriebsversammlungen finden, gegen das BVG, nur einmal im Jahr statt, mehr Weihestunde (siehe Kasten), kein Wort vom vorgeschriebenen vierteljährig fälligen Rechenschaftsbericht. Nur die ausschließlich offensive Rechtfertigung aller Maßnahmen des VDO-Kapitals. Es reden nur Schreiber und der VDO-Direktor, sonst niemand und das seit 26 Jahren.

➔ In den letzten 10 Jahren wurde kein einziger Vertrauensmann gewählt. Alle 60 deutschen und 20 ausländischen Vertreter in diesem Ausländerbetrieb wurden von Schreiber eingesetzt, meist Meister, Angestellte und z. B. für 40 Türkinnen die deutsche Werkstattschreiberin.

➔ Vertrauenleutesitzungen finden 1/2-jährig statt. Hier gibt Schreiber nur Informationen der Geschäftsleitung weiter, es gibt keine Diskussion, fertig aus!

➔ Der Vorschlag eines ausländischen Kollegen über eine anteilmäßig auch mit Ausländern besetzte Vertrauenskörperleitung (IG-Metall-Satzung!) wanderte kommentarlos in den Papierkorb.

➔ Über Tarifrunden wird prinzipiell nirgends diskutiert. Bei einem durchschnittlichen Organisierungsgrad von 46 % in Ffm. sind bei VDO nur 15 %, davon 3 % Ausländer, 1 % Frauen gewerkschaftlich organisiert! Ein Skandal, auch in den Augen des IG-Metall Hauptvorstandes Ffm., der aber solange nichts gegen diese CDU-Clique unternehmen kann selbst wenn er es wollte, bis sich was bei VDO rührt und es auch für die IGM brenzlich wird.

➔ Außer über die Termine der Kurzarbeit gibt es überhaupt keine Informationen für die Kollegen, prinzipiell nie. Selbst die Verteilung der spanischen Ausgabe des IG-Metall-Blättchens wurde vom BR verboten, weil es einen kritischen Beitrag über VDO enthielt.

Insgesamt gilt für den VDO-Betriebsrat: nicht einmal die im Gesetz zwingend vorgeschriebenen Grundlagen des BVG, Informations- und Rechenschaftspflicht, werden eingehalten. Ein geschlossen rechter Block, mit einer CDU-Spitze, die es verstanden hat jeden Ansatz von Kritik im Betrieb zu unterdrücken und die alle ihr möglichen sozialen Hilfeleistungen unterläßt (so gibt es in diesem 4.000 Leutebetrieb bis heute keinen Werksarzt).

Gleichzeitig ist Schreiber zur totalen Marionette der Linsenhoff-Direktion verkommen, assistiert von seinem Freund Dichmann, einem rassistischem Schwein, von dem man sagt er sei NPD-Mitglied.

Bis zur **aktiven Korruption** ist es da nicht mehr weit! So sieht man diese Typen, wenn man sie überhaupt mit Kollegen zusammen sieht, nur in Verkaufsverhandlungen über alles nur denkbare Zeug. Das Betriebsratsbüro direkt neben dem Personalbüro (!) im Hauptwerk gleicht eher einem Mini-Massa, einer Verkaufszentrale für Radios, Elektrogeräte, Auto- und Lebensversicherungen, ganze Wohnzimmereinrichtungen, und alles, womit man als freigestellter BR bei den Kollegen ein paar Prozente machen kann. Bis zu der Brutalität geht das, daß sie den Emigranten für die Urlaubszeit Antibabypillen für die Frauen zuhause verkaufen, für 5,— DM, billige Proben.

Unsere Agitation zur BR-Wahl wird versuchen, diese aktive Korruption mit Beispielen aufzudecken, und den totalen Machtmißbrauch freigestellter Betriebsräte zum Skandal zu machen.

So wurde ein herzkranker griechischer Kollege, der einen leichteren Arbeitsplatz forderte, von Schreiber von der Gewerkschaft abgemeldet!

So verteidigt der BR die 10-Mark-Prämie für Putzfrauen, die Ausländer beim Scheißen stehend erwischen (angeblich werden die Brillen dreckig), damit VDO sie fristlos entlassen kann.

So ist bekannt geworden, daß Schreiber seit Jahren Kündigungen ohne Anhörung der Kollegen blanco unterschreibt, ohne selbst seine eigenen Betriebsräte gefragt zu haben.

Auf der einzigen Jugend-BV im Jahr sagte Schreiber auf die Forderung nach einem vernünftigen Jugendaufenthaltsraum: „Ihr Lehrlinge seid doch nur dumme Jungs, die richtige Polsterstühle doch nur kaputt machen; geht erst mal 20 Jahre schaffen, dann können wir noch mal drüber reden!" — . . . das wäre 1994!

Die derart offen vorgetragene Zusammenarbeit des Betriebsratsvorsitzenden Schreiber und der Geschäftsleitung und sein Einfluß auf lokaler Ebene (er organisierte eine Versammlung von Frankfurter Betriebsrats-Vorsitzenden zur Koordinierung der Rausschmisse gegen Linke aller Art!) lassen im Betrieb nicht einmal einem einzigen aufrechten Sozialdemokraten den geringsten Handlungsspielraum. **Unserer Einschätzung nach werden wir diesen BR nicht durch eine Fraktionierung von innen her „im Interesse der Kollegen, verändern können, wie uns manche zur nächsten BR-Wahl vorschlagen. Hier wird sich nur etwas ändern durch die direkte Konfrontation der Kollegen mit den Bossen und der Betriebsrats-Clique in Kampf- und Streiksituationen**

An die Arbeit, den Schlüssel für's Telefon gibt's nicht!

aus der Betriebszeitung Nr. 3:

Wann wir telefonieren, bestimmen wir selber!

VDO schließt öffentliche Fernsprecher

Das Allerletzte!

Seit ein paar Wochen verschließen die Werkschützer die beiden Telefon-Zellen unten am Haupt-Portal. Nur noch in den Pausen soll man anrufen können. Mit welchem Recht läßt die Linsenhoff-Geschäftsleitung jetzt schon öffentliche Fernsprecher der Bundespost zumachen, wo sowas doch normalerweise saftig bestraft wird.

Als wär's ein Spaß für uns, wenn wir mal dringend zuhause anrufen müssen oder was mit den Ämtern oder Versicherungen klären müssen.

Da bleibt uns wohl nicht viel anderes übrig: wenn die Telefon-Zellen nicht sofort für uns wieder während der ganzen Arbeitszeit offen sind, genau wie wir es brauchen, dann müssen wir sie uns wohl selber aufmachen; vielleicht mit einem Nachschlüssel, einem Schraubenzieher, oder aber wir müssen solange die Meister-Telefone benutzen, bis die Drähte heiß sind und wir wieder unten im Hof anrufen können wann wir wollen.

Noch eins! Der Betriebsrat hat ja eigene Telefone in seinem feinen Teppich-Büro, ihn kümmert ja sowas sowieso nicht . . .

Oder hat er diese neue Sauerei gegen uns sogar wieder mitbeschlossen? !?



Betriebsratswahl '75

Auch bei uns hat die bevorstehende **Betriebsratswahl** eine heiße Diskussion um die Frage einer Beteiligung entfacht. Ziemlich schnell stellte sich heraus, daß wesentlich die spezifische Situation im diskutierten Betrieb entscheiden muß, ob Genossen versuchen sollen, im Betriebsrat mitzumischen.

Es mag schon richtig sein, in diesem oder jenem Betrieb mit wenigstens DKP-Tradition oder ein paar aktiven Jusos sich reinzudrängen, die politischen Freiräume(chen) zu nutzen; Betriebsrats-Büros sind Informationsquellen etc.. Auch aus Diskussionen mit Genossen, die seit längerer Zeit Betriebsrats-Arbeit machen (Krone, Berlin), hat sich aber klar ergeben, daß Voraussetzung dafür zum einen Genossen im Betrieb sind, die in ihrer Abteilung schon ganz schön verankert sind und öffentlich als Typen einer Betriebs-Gruppe mit klarem Programm in der Fabrik auftreten und agieren können; zum zweiten muß es innerhalb des Betriebs-Rates wenigstens Fraktionierungs-Möglichkeiten geben, daß die Genossen nicht isoliert bleiben oder einfach abgehängt werden.

Davon kann in userem Knast keine Rede sein, denn in diesem ultrarechten Betrieb endet die Geschichte schon, wenn eine 2. Liste auftaucht: die namentlich aufgeführten Genossen Kandidaten kommen einen Tag später schon nicht mehr am Werkschutz vorbei. Und einen Prozeß vor dem Arbeitsgericht wegen dieser „Unrechtmäßigkeit" — Verletzung des bes. Kündigungsschutzes von Betriebsratskandidaten — führt die VDO-Geschäftsleitung gerade in einem solchen Fall mit dem besten Anwalt bis in die letzte Instanz, jedenfalls bis die Wahl vorbei ist. Möge einer sie anfechten!

So hätten ein viertel Jahr konzentrierte multinationale Agitation vor der Wahl und die Rausschmisse von ein paar Genossen lediglich einen kurzen Skandal für die derzeit herrschende Betriebsrats-Clique gebracht. Das ist aber zu wenig.

Die Genossinnen in der Gruppe lehnen sogar jede Form von Beteiligung bei der Wahl grundsätzlich ab, indem sie klar sagen, daß es sich bei dem Betrieb, wo wir arbeiten, um einen typischen Frauenbetrieb handelt; die entscheidende Frage: wie sollen die Genossen in der Lage sein, innerhalb egal welchen Betriebsrates die Interessen der Frauen wahrzunehmen? ?

In jedem Fall werden wir versuchen, durch massenhafte Agitation (Flugblätter und Kleber) zu verhindern, daß einige aus dieser Betriebsrats-Clique durch die Persönlichkeitswahl wieder durchkommen.

VDO'DA MÜCADELE

Bei VDO einmal im Jahr – Betriebsversammlung

Die Situation in unserem Saftladen läßt sich auch gut darstellen, wenn man sich die Betriebsversammlung (BV) vom 15.11. anguckt. Um 14 Uhr Arbeitsende, die Kollegen waschen sich, ziehen sich um, man ist guter Dinge. Ein Teil der Kolleginnen und Kollegen geht gleich nach Hause und verzichtet damit lieber auf 2 Stunden Lohn, die andre Hälfte bewegt sich zum Ort dieses feierlichen Ereignisses: Kongreßhalle auf dem Messegelände, zu Fuß etwa 15 Minuten vom Werk entfernt.

Unsere Betriebsräte erweisen sich als gute Lotsen und ereifern sich, jeden Suchenden in unermüdlichem Einsatz zu den Versammlungen zu geleiten, die in verschiedenen Sälen stattfinden, getrennt nach Nationalitäten.

Man betritt den Raum und sucht sich schüchtern einen Platz im halbbesetzten Saal. Es ist eine Stimmung wie bei einer kleinen Nobel-Preis-Verleihung: riesige Kronleuchter hängen von der Decke, Teppichböden, ordentliche Stuhlreihen; es wird leise gesprochen; mit dem Betrieb hat das Ganze nichts mehr zu tun. Zwei Drittel der Anwesenden sind Angestellte, die der Festlichkeit dieser Zusammenkunft mit ihren Schlipsen und Krägen angemessen Rechnung tragen.

Um 14 Uhr 30 eröffnet Betriebsrats-Vorsitzender Schreiber die diesjährige BV und begrüßt hauptsächlich die Geschäftsleitung; anschließend gibt er auch gleich das Wort der Geschäftsleitung, vertreten durch Top-Manager Keck.

Dieser hantiert dann gleich mit viel Zahlen, die alle auf's gleiche rauslaufen: mehr und besser mit weniger Leuten produzieren, weil sonst „unsere Firma" nicht konkurrenzfähig bleiben könnte; er redet von gestiegenen Lohnkosten, von Kosten für die neue Verwaltungs-Zentrale in Schwalbach, von Produktionsum- und -verlagerungen und kommt in diesem Zusammenhang schließlich auch auf Portugal zu sprechen, wo VDO ein neues Werk gebaut hat, allerdings die Produktion nach einem halben Jahr schon wieder einstellte; Keck: „Wir haben in Portugal investiert, als dort für uns saubere Verhältnisse herrschten; jetzt müssen wir dort abbauen!". Als letztes fordert er von den Kollegen, auch weiterhin die „Flexibilität des Unternehmens" zu garantieren, da sonst Kunden abwandern würden: kein Widerspruch in dieser Runde, obwohl jeder weiß, daß diese Sonderaufträge und Mini-Serien für uns Mehrarbeit bedeuten. Die Rede triefte von der üblen Ideologie: unser Betrieb = unsere große Familie = ein Boot = blabla. Nach diesen Klarstellungen und Eindeutigkeiten der Geschäftsleitung blies ihr Speichellecker Schreiber ins gleiche Horn. Nichts zu den Frauen in Lohngruppe II (80 %), nichts zu den Rausschmissen, den Umbesetzungen und Lohnkürzungen, nichtsnichtsnichts . . . ; sondern im Gegenteil, uns ginge es doch noch ganz gut im Vergleich zu anderen Firmen, und in die Geschäftsleitung müsse man Vertrauen haben.

Als zweiundeinhalbster und letzter Redner sprach der reisende Gewerkschaftsschausteller Meier, der meinte, die Kollegen müßten hinter ihnen stehen, damit die Gewerkschaft den Unternehmern ihre Forderung „auf den Tisch knallen könnten"; er merkte sofort, daß er sich auf dieser Veranstaltung im Wort vergriffen hat und korrigiert sich selber: er „meinte, die Forderung auf den Tisch **legen**".

Abschließend machte Schreiber noch ein paar Witzchen und fragte genau 10 Minuten vor Schluß tatsächlich noch nach Wortmeldungen. Ohne überhaupt eine abzuwarten, weil er seit 25 Jahren weiß, daß hier keine kommt, erklärte er sich nicht bereit, „weiter den unbezahlten Alleinunterhalter zu machen". Allgemeiner Aufbruch.

Da die Kollegen und Kolleginnen nur bis 16 Uhr bezahlt bekommen, ist Punkt 16 Uhr auch die Vorstellung beendet gewesen;
keine Betriebsversammlung von Kollegen und noch weniger von Kolleginnen, sondern die diesjährige braune Weihestunde des Linsenhoff-Kapitals!

Übrigens: In jedem Betrieb werden nach dem Betriebsverfassungsgesetz wenigstens 4 Betriebsversammlungen pro Jahr abgehalten. – Bei VDO nur eine. – Auch dies gilt: Wer die Macht hat, hat das Recht! –

Die Betriebsgruppe "Kampf im VDO"

Teuerungszulagenstreik September 1973

Auf dem Höhepunkt der Teuerungszulagenstreiks im Herbst 73 entstand auch bei VDO eine größere Gruppe von Arbeitern (spanische, italienische einige deutsche Genossen) um die Forderungen nach 100.– DM mehr Lohn, rückwirkend ab 1. Juni, um den 13. Monatslohn und die Abschaffung der Hungerlohngruppe II. Aus zunächst informellen Kontakten meist spanischer Vertrauensleute entstand bei uns im Klima eines erfolgreichen (80.– DM netto) Kurzstreiks bei VDO Dortmund (800 Leute) schnell eine Gruppe aus dem Betrieb heraus, die viersprachig die Forderungen im Betrieb verbreitete und den Streik im Hauptwerk Bockenheim vorbereitete. Im Mittelpunkt unserer Diskussionen im Gewerkschafts-Haus (!) stand sofort die tägliche Lage in der Fabrik:

die extreme Ausbeutungs- und Profitsituation, das eng gezogene Repressionsnetz und das Fehlen jeglicher brauchbarer Arbeitervertretung im Betrieb.

Der Streik mußte scheitern. Zwar waren in kürzester Zeit die Forderungen verankert, eine Stimmung war da, endlich was tun zu können gegen den ganzen Sauladen, sogar Vertrauen in eine Betriebsgruppe gab es. Doch nur in 2 Abteilungen konnten die verankerten spanischen Vertrauensleute die Sache selber in die Hand nehmen; hier wurde jeweils eine halbe Stunde gestreikt, ohne Kontakt zu den anderen Abteilungen.

Die Frauen, die den Zug durch die Treppenhäuser runter in den Hof mit vorbereitet hatten, wurden in ihren Abteilungen eingeschlossen. Die besonders ausgeprägte Spaltung bei VDO in Ausländerinnen und Ausländer, deutsche Facharbeiter und Angestellte wurde voll wirksam, angeheizt durch die Betriebsrats-Clique. Die Betriebsgruppe konnte wenigstens 120.– DM am Tor für den einen entlassenen Spanier sammeln.

Das Wichtigste war damals, daß viele Kollegen zum ersten Mal sahen, daß es doch Kollegen gibt, die was durchsetzen wollen bei VDO. Es gelang dieser erst vier Wochen arbeitenden Gruppe mit ihren Forderungen, in das Bewußtsein der Kollegen einzudringen, der erste Versuch überhaupt, bei VDO von den Bändern aus, einen Streik wenigstens kurzfristig zu versuchen. Die Erwartungen vor allem der ausländischen Kollegen an die Betriebsgruppe und ihre organisierende Kraft waren zu hoch; noch zu wenig Kollegen konnten offen in ihren Abteilungen für den Streik agitieren.

Die Arbeit der Betriebsgruppe

Für die meisten aus den Streikerfahrungen 73 entstandenen linken Arbeitergruppierungen im Betrieb (gewerkschaftsoppositionelle Gruppen GO) begann die eigentliche Auseinandersetzung und Klärung ihrer Arbeitsweise erst mit dem Ende dieser Streikwelle. In der VDO-Betriebs-gruppe waren einige spanische, auch politisch erfahrene Vertrauensleute, einzelne italienische und deutsche Genossen zusammengekommen, eine für Frankfurt noch neue Sache.

Auch neu war der Versuch der Betriebsfraktion der Frankfurter Jusos, solch eine Gruppierung von innen her zu beeinflussen.

Die Frage war: was kann diese Betriebsgruppe, was können die Kollegen bei VDO tun, um ihre Lage zu ändern. Die Jusos, keiner im Betrieb, schlugen vor, mit aller Kraft den Betriebsrats-Vorsitzenden Schreiber (CDU) über ein Gewerkschafts-Ausschluß-Verfahren abzuschießen und von der Ortverwaltung der IGM eine allgemeine Vertrauensleute-Wahl zu erzwingen. Das entsprach zunächst auch den Vorstellungen vor allem der ausländischen Vertrauensleute in der Gruppe, die sich selbst als linke Opposition an der Gewerkschaftsbasis und im Vertrauensleute-Körper verstanden.

Forts. S. 9

KAMPF IN VDO

Nr. 3
Nov. 74

A0664 600
LINSENHUFF FRITZ
OKTOBER 1974
WERK: 01 STECHUHR 02
No
Monat

Dat.	Vormittag Kommt	Vormittag Geht	Nachmittag Kommt	Nachmittag Geht	Unterbrechung Geht	Unterbrechung Kommt	Std.
1							
2							
3							
4							
5							
6							
7							
8							
9							
10				31 1827			
11							
12							
13							
14							
15							

Die Stechkarte ist ein Dokument.
Eine Änderung an den Eintragungen oder das Stechen einer fremden Karte bedeutet Fälschung.
Eine versehentlich nicht erfolgte Stempelung der Stechkarte ist dem Meister umgehend zu melden.

A0664 600
LINSENHUFF FRITZ
OKTOBER 1974
WERK: 01 STECHUHR 02
No
Monat

Dat.	Vormittag Kommt	Vormittag Geht	Nachmittag Kommt	Nachmittag Geht	Unterbrechung Geht	Unterbrechung Kommt	Std.
16							
17							
18							
19							
20							
21							
22							
23							
24							
25							
26							
27							
28							
29							
30							
31							

Tage: Stunden:
Überstunden: 25 % 50 %
30 % 100 %
40 % 125 %
45 % 15 % Bd.
25 % Bd.

ΑΓΩΝΑΣ ΣΤΟ VDO

Dies ist griechisch u. heißt ...ja...jaa!! (s.o. auf der Spalte)

STECHKARTE BESCHLAGNAHMT

Was würde es den Kollegen einbringen, wenn ihre Stechkarte so aussähe ? :
FRISTLOSE KÜNDIGUNG !

Was bringt es Herrn Linsenhoff ein ? Profit von Millionenbeträgen. Nicht daß wir meinen, Herr Linsenhoff arbeitet überhaupt nicht. Vielleicht ist er manchmal länger in der Firma als die Kollegen, vielleicht auch nicht, das hängt nur von ihm ab und von seiner Macht zu kommandieren. Und wenn er "arbeitet", heißt das nur: er organisiert uns auszubeuten !

Wenn Herr Linsenhoff sich eine Stechkarte machen läßt, so versucht er nur, den Widerspruch zwischen sich und uns zu vertuschen: zwischen Kommandieren und Arbeiten.

Als ob er und wir dem gleichen Zwang unterworfen wären! Und nicht, wie es tatsächlich ist: daß er uns dazu zwingt, für seine Gewinne zu arbeiten!

Dieselbe Gleichmacherei, wenn die Unternehmer sagen, wir sitzen alle in einem Boot. Linsenhoff allerdings mit dicken Millionen in der Luxusjacht und wir mit 900.- DM netto im Monat im Paddelboot!

Das ist der blanke Hohn:
Einmal im Monat hat es dem ehrenwerten Herrn Linsenhoff beliebt, beim Verlassen des Werks um 18 Uhr 27 seine Karte abzustechen.

Vielleicht war es so eine Laune, ein perverses witziges Gefühl, sich auch mal wie ein Arbeiter der "Ordnung" zu unterwerfen??

Wir bleiben den Ausbeutern Linsenhoff auf den Fersen !!

Im Betrieb hatte diese Initiative keine Basis. Dieser Vorschlag ging weit vorbei an den Problemen, die in der VDO aufgebrochen waren. Das ist der Akkord-Terror an den Frauenbändern, die Frauenlohngruppe II, das niedrigste Lohnnieveau selbst für Facharbeiter in Frankfurt und die wahnsinnigen Arbeitsbedingungen in der Galvanik, der Zifferblatt-Druckerei, an den Stanzen und in der Automaten-Dreherei im Parterre.

In der Auseindersetzung um diesen Widerspruch wurde klar, daß mit Druck auf die Gewerkschaft, der nicht aus den Abteilungen kommt, trotz aller Anstrengungen von außen, nichts zu holen ist. Konsequent wendete sich die Betriebsgruppe von jetzt an nur noch an die Kollegen selber. Es entstand **die multinationale Betriebszeitung „Kampf in VDO"** in fünf Sprachen: Satz für Satz gemeinsam beschlossen und hergestellt, wurden die Arbeitsbedingungen, der Lohn und die Betriebsrats-Mafia angegriffen. Das war keine Zeitung von außen, sondern ausgelöst von den Konflikten in den Abteilungen und den Kollegen, die über sie berichteten.

An dieser Stelle mußten die Jusos ihren Abgang machen – politisch konsequent.
Die Erfahrung mit den drei Nummern der Betriebszeitung ist, daß die Kollegen zwar die Inhalte überall diskutieren, eine Betriebszeitung aber sehr viel mehr in Sauregurkenzeiten nicht erreichen kann. Ihre Grenze ist eben, wie schon aus anderen Betrieben bekannt, daß sie selbst nicht organisierendes Moment für die Aktionen der Kollegen sein kann. (Anders ganz sicher z. B. bei konkreten Streikvorbereitungen!)

Bei einer spontanen Unterschriftensammlung gegen die Entlassung einer Kollegin hat die Betriebsgruppe versucht, die Frauen zu unterstützen. Hier wurde vor allem deutlich, daß die Betriebsgruppe nicht in den Frauenabteilungen verankert ist und höchstens eine Unterstützungsfunktion für selbständige Aktionen der Frauen haben kann.

Thesen zur Zusammenarbeit mit gewerkschaftsoppositionellen Gruppen

1. Die Orientierung der meisten gewerkschaftsoppositionellen Gruppen ist geprägt von jahrelanger Erfahrung und Enttäuschung über die herrschenden Betriebsräte, Vertrauensleute-Körper und unteren Gewerkschaftsorgene. Trotzdem verstehen sie sich immer noch als **Linke innerhalb** dieser traditionellen Vertretungsorgane, was ihnen oft die Möglichkeit verschließt, direkt mit den Kollegen am Arbeitsplatz ihre Interessen durchzusetzen.

2. Unserer Erfahrung nach hat eine solche Gruppe nur dann realen Einfluß im Betrieb, wenn es ihr gelingt, die unmittelbaren Probleme in den Abteilungen und im Betrieb aufzugreifen und praktische Vorschläge zur Durchsetzung von Arbeiterinteressen zu machen.

3. In der Zusammenarbeit mit solchen Arbeiter-Initiativen gilt es, ein politisches Verhältnis zu entwickeln: Wir meinen, soweit es geht praktisch und solidarisch mit den Kollegen der GO zusammenzuarbeiten, ohne in solchen Gruppierungen aufzugehen. Entscheidend ist, ob es uns gelingt, in Auseinandersetzungen im Betrieb die informellen Strukturen solcher Gruppen mit der Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen zusammenzubringen. Wichtig ist, jede Initiative aus den Abteilungen genauso aufzunehmen, wie die Auseinandersetzung um eine linke Fraktion im Betriebsrat, VLK und Gewerkschaft.

Was wir tun können

Es ist nach wie vor wegen des Einstellungs-Stops bei VDO nicht absehbar, wann Genossinnen in den Frauenabteilungen – die entscheidend sind – arbeiten werden. Deshalb sind unsere Möglichkeiten begrenzt.

Wir werden weiter daran arbeiten, ein Netz von Beziehungen und Informationen im Betrieb zu knüpfen, weil wir glauben, damit **eine** Voraussetzung zu schaffen, damit der nächste Streikversuch nicht wieder schon im Ansatz abgewürgt werden kann.

Zur Zeit bereiten wir die Entstehung eines eigenen Treffpunkts vor, einen angemieteten Laden mit Hinterräumen, in der Nähe der Fabrik zum Beispiel, um von dort aus kontinuierlich mit den Kollegen zusammenzuarbeiten und eine bessere Beziehung zu den Emigranten um die VDO rum entwickeln zu können.



Kontakt, Kritik und Umgestaltung an
Karl-Marx-Buchhandlung
6 Frankfurt/Main
Jordan-Straße 15

BETRIEBSGRUPPE VDO

Göttingen: Häuserkampf im Reitstall

Die Stadt Göttingen soll zum Einkaufszentrum Südniedersachsens ausgebaut werden. Dieses Ziel wird dadurch verwirklicht, daß alte gut erhaltene Häuser im Stadtkern, somit auch billiger Wohnraum, zerstört werden, um an jenen Stellen Geschäftshäuser, Büros, Luxuswohnungen zu errichten. Es ist klar, daß dadurch einkommensschwache Bevölkerungsschichten aus dem Stadtkern vertrieben werden, weil sie diese teuren Wohnungen und Appartements nicht bezahlen können. So kaufte der Oetker-Konzern einen großen Teil des Reitstallviertels auf, um dort ein neues Großkaufhaus, das dritte in der Göttinger Innenstadt, zu bauen.
Mitte Oktober konstituierte sich die Reitstallviertel-Initiative, um ein von Oetker aufgekauftes, schon länger leerstehendes Haus zu besetzen. Diese Besetzung sollte ein Schritt im Kampf gegen die Wohnraumzerstörung darstellen. Die Gruppe setzte sich aus nicht organisierten Linken, nicht nur Studenten, zusammen. Sie ging davon aus, daß eine Hausbesetzung ein notwendiger Schritt im Kampf gegen die Wohnraumzerstörung darstellt. Diese Hausbesetzung bedurfte jedoch der Solidarität der Bevölkerung. Deshalb wurde die Bevölkerung von uns in den Monaten bis zur Besetzung durch Flugblattaktionen und Unterschriftenlisten, soweit es uns möglich war, informiert. Gleichzeitig versuchten wir durch persönliche Gespräche, weitere Leute für die aktive Teilnahme an der Hausbesetzung zu gewinnen. Unsere Gruppe betrug in der Vorbereitungsphase 10 - 15 Leute.
Am Samstag morgen, dem 7.12., besetzten wir, 25 Studenten, Arbeiter, Jobber und Angestellte das Haus Weenderstraße 77 im Reitstallviertel. Im Verlauf der Besetzung bis zur Räumung renovierten wir das Haus, soweit es uns möglich war, informierten die Bevölkerung über unsere Besetzung, sammelten Unterschriften, usw. Es gelang uns für die kurze Zeit eine breite Solidarität der Bevölkerung zu erreichen. Viele Leute brachten uns Möbel usw. spendeten uns Geld und halfen uns bei den verschiedenen Arbeiten.
Schon während dieser Zeit traf die Stadt verschiedene Maßnahmen gegen uns. So stellten städtische Arbeiter unter Polizeischutz uns das Wasser ab. In der Nacht zum Dienstag, 10.12., rückten gegen 4.00 Uhr morgens 120 Polizisten mit Helmen, Schlagstöcken, Spitzhacken ausgerüstet an. Einige umstellten das Haus, während die anderen in den Hinterhof drangen und die verbarrikadierte Hintertür aufbrachen, ohne uns vorher zur Räumung aufzufordern. Wir erwarteten die Polizei in einem Raum und leisteten passiven Widerstand. Inzwischen hatten sich etwa 200 Sympathisanten auf der Straße versammelt, die laut gegen die gewaltsame Räumung des Hauses durch die Polizei demonstrierten. Noch während wir einzeln herausgetragen wurden, begann ein Bautrupp mit der systematischen Zerstörung der Einrichtungen und des Wohnraumes. Auch die Polizei beteiligte sich daran. Wir wurden dann zur Kripo gebracht, erkennungsdienstlich behandelt und anschließend wieder freigelassen.
Noch am selben Tag fand eine Solidaritätsdemonstration gegen die Wohnraumzerstörung in Göttingen und gegen die Räumung des Hauses durch die Polizei statt. An dieser Demo nahmen über 3.000 Menschen teil.
Große Teile der Bevölkerung unterstützten die Besetzung. Dies zeigte sich in zahlreichen Diskussionen, an den Spenden und an der großen spontanen Solidaritätsdemonstration nach der Räumung des Hauses. Unsere weitere Arbeit wird und muß sein, über die Ursachen der Besetzung und Räumung zu informieren und in den bestehenden Mieterinitiativen gegen die Wohnraumzerstörung mitzuarbeiten. (ID)

Aus der Betriebszeitung bei VDO:

AKKORD

4. Stock – Bänder

Es ist bekannt, daß dort die Bänder auf 9 Personen reduziert werden mit Umstellung auf Akkord. Bänder, die früher 700 bis 800 Apparate schafften, müssen heute 1300 bis 1400 leisten. Sie sagen, daß es ein Probesystem ist, um den Akkord festzusetzen. Da gibt es Kolleginnen, die nur auf 64 Minuten kommen, was weniger als 5.– DM die Stunde bedeutet. Viele Kolleginnen fragen sich: Wie ist es möglich, daß ein Herr, der die Zeit damit verbringt, die Arbeit der Kolleginnen zu chronometrieren, Vertrauensmann ist? Wann werden wir endlich in VDO einen Vertrauensleutekörper haben, der für uns handeln kann, ohne Repressalien befürchten zu müssen, und der von den Arbeitern gewählt wird? Wir sind es, die das verlangen müssen!

4. Stock – Montage

Hier wird probeweise ein neues Akkord-System angewendet, das auf 60 Minuten basiert und nicht, wie in den übrigen Abteilungen auf 76 Minuten. In der Praxis schaffen die Kolleginnen nur etwa 48 Minuten, was bedeutet, daß sie keinen einzigen Pfennig Prämie ausbezahlt bekommen. Die Stückzeiten haben sie zwischen 20 und 30 % herabgesetzt. Etwa 20 % unseres Lohnes wird uns seit neuem als „Minderleistungsausgleich" ausgezahlt. Dieser Ausgleich verringert sich fortlaufend, bis er im 3. Monat überhaupt abgeschafft sein wird. Das bedeutet, daß unsere miesen Löhne sich noch um weitere 20 % verringern werden. Sie verlangen viel mehr Arbeit für viel weniger Lohn! Was tut der Betriebsrat dagegen? Nichts! Deshalb müssen wir durchsetzen, auf Abteilungs-Versammlungen diese unsere Probleme diskutieren zu können!

Abteilung 705 Lackierereikontrolle

Da passiert das gleiche. Die Kolleginnen arbeiten dort wie Vieh. Wir müssen den ganzen Tag Tabletts bewegen, die zwischen 7 und 10 Kilo wiegen. Das Höchste, was wir dabei herausholen können, sind 60 bis 70 Minuten und wir verdienen dort bedeutend weniger als früher und müssen viel mehr arbeiten!

Abteilung 705 Lackiererei

Wir wurden Betrogen.
Früher arbeiteten wir in Gruppenakkord. Sie machten eine Versammlung, um uns den Einzelakkord vorzuschlagen, bei dem wir angeblich etwas mehr verdienen würden. Aber das Gegenteil ist passiert, denn als sie uns die Akkordzettel im Einzelakkord ausstellten, haben die Meister im Komplott mit den Kontrolleuren die Minuten willkürlich festgesetzt. Wir bekommen pausenlos zu hören, daß wir ja kündigen können, wenn uns das nicht paßt. Das macht uns alle sehr nervös, und das ist es, was sie wollen. In der Nitro-Abteilung sind alle Luftklappen repariert, aber das interessiert sie nicht, denn sie wollen nur Produktion und wenn der Arbeiter krank wird, weil er dauernd die Farb-Dämpfe einatmen muß, ist ihnen das gleichgültig.

Die Akkordzeiten haben sie in einem derartigen Maß heruntergesetzt, daß auch, wenn man sich keine Minute von der Kabine entfernt, man nicht die Minutenzeit erreichen kann. Die Mehrzahl der Kollegen verdient weniger als verher unter einer Ausbeutung, die unerträglich ist!

IST MORD



"Wichtige Aufgaben, die jeder Chilene, der gegen die Diktatur ist, jetzt übernehmen kann!"

Aus EL REBELDE EN LA CLANDESTINIDAD Nr. 101 vom Nov. 1974, der dritten im Untergrund erschienenen Nummer der MIR-Zeitung:

Aufruf des MIR zum aktiven Widerstand in Chile

1. Persönliche Agitation sollte man sich mit allen, die um einen herum sind, vornehmen (Familienangehörige, Arbeits- und Studienkollegen, Nachbarn, alte Bekannte usw.), direkt oder indirekt und anonym. So erweitern wir die Basis des Widerstands im Volk und das Bewußtsein, daß es notwendig ist, sich in Widerstandskomitees zu organisieren und tragen zur Einheit der Linken und Teilen der Basis der christdemokratischen Partei bei. Wir sollten alle daran arbeiten, die Partei der Revolution zu stärken und zu unterstützen, die Diktatur zu entlarven, ihre Verbrechen bekannt zu machen, die Foltern, KZs usw., ihre Politik des Hungers usw.

Den direkten Weg, die Überzeugung durch Diskussion sollte man nur mit Leuten wählen, die man schon kennt, in die man schon ein gewisses Vertrauen setzen kann; dabei aufpassen, daß man nicht von Spitzeln oder anderen Teilen des Repressionsapparates erwischt wird.

Indirekt und anonym kann man Agitation auf brieflichem Wege machen, mit Telefonanrufen, Propaganda unter der Tür durchschieben oder in den Schrank oder das Fach im Betrieb legen und dann die Reaktion abwarten usw. Dies sollte die erste Annäherung sein.

2. Bildung von Widerstandskomitees. Um die Agitation wirkungsvoll und massenhaft zu machen, ist es notwendig, sich selbst zu organisieren. Das Instrument dafür ist das Widerstandskomitee. Das sind Kerne von 3, 5 oder maximal 7 Genossen, die zusammenkommen und sich organisieren um der Diktatur an einem Bestimmten Punkt, den sie gemeinsam haben, Widerstand zu leisten (Arbeit, Studium, Wohnung, Beruf usw.) Der Rebelde wird in seiner nächsten Nummer, die schon in Druck ist, eine genaue Übersicht über Organisation, Aufgaben und Sicherheitsmaßnahmen der Widersandskomitees geben.

3. Stärkung der Einheit an der Basis. Alle Militanten der Parteien, Organisationen, Fraktionen usw., die gegen die Diktatur sind, müssen koordiniert zusammenarbeiten, innerhalb der Widerstandskomitees und durch Koordination auf der Ebene der jeweiligen Leitungsorgane, Dokumente austauschen, die einzelnen Maßnahmen diskutieren und aufeinander abstimmen usw. Alles das unter strikten Sicherheits- und Abschirmungsmaßnahmen.

4. Stärkung und Unterstützung des MIR, dem wichtigsten Kern der revolutionären Partei des chilenischen Proletariats. Der MIR sucht seine Militanten unter den fortgeschrittensten und erprobtesten Kadern des Proletariats und der Massen des Volkes aus. Der MIR fordert alle auf, sich ihm anzuschließen, die sich durch Aktivität und Entschlossenheit hervortun, durch ihr Verantwortungsbewußtsein und ihre politische Klarheit usw.

Aber um überleben zu können und zu kämpfen braucht der MIR außer seinen Militanten die Unterstützung der Massen.

Die Massen begreifen das genau, wenn sie täglich Unterstützungsaktionen machen die zu unterbinden alle Versuche der Repression scheitern. Es gibt viele, die heute dem MIR beitreten wollen. Die Partei hat vor, in der nächsten Zeit tausend neue Mitglieder aufzunehmen, die Besten unter den Besten. Das ist die Kampagne Miguel Enriquez, zu Ehren unseres heldenhaften Generalsekretärs, gefallen im ungleichen Kampf gegen die Häscher der Diktatur. Diejenigen, die schon mit uns zusammen kämpfen und die sich uns in dieser historischen Kampagne anschließen wollen, müssen heute mehr als je zuvor daran arbeiten, sich bewußt vorzubereiten, müssen sich ihrer Entschlossenheit sicher werden und sich auf die Härte unseres schweren alltäglichen Kampfes im Untergrund einstellen. Der MIR braucht nicht nur neue Mitglieder. Er ist darauf angewiesen, daß jeder Chilene, auch wenn er heute aus irgendeinem Grunde nicht Militanter werden will, ihn systematisch unterstützt. Der MIR braucht Häuser, um sich zu treffen und seine Arbeit zu machen. Er braucht Möglichkeiten, Dinge aufzubewahren. Er braucht Geld, um seine revolutionären Aktionen zu finanzieren. Arbeitsmittel, Schreibmaschinen, Kopiermaschinen, Matritzen, Farben, Papier usw., braucht Fahrzeuge, Medikamente usw.



5. Agitation und Propaganda. Wir haben schon von der Agitation von Person zu Person gesprochen, dem ersten und grundlegenden Ausgangspunkt unserer Massenagiation. Außerdem müssen wir jeder irgendwo an einer Stelle mitmachen bei der Verteilung, Verbreitung und Vervielfachung der Propaganda- und Informationsmittel der Partei und der Widerstandsbewegung. Jede Nummer des Rebelde, jedes Flugblatt, jedes Dokument muß von zig Leuten gelesen werden, von einer Hand zur anderen gehen; wer die Möglichkeit hat, etwas zu vervielfachen, auf welchem Wege es auch sei, auch von Hand, sollte das machen und so zu seiner Vermassung beitragen.

Daneben sollen alle Widerstandskomitees ihre Möglichkeiten der Propaganda ausschöpfen und Kampagnen für ihren jeweiligen (örtlichen oder sozialen) Bereich machen.

Diese Propaganda besteht aus:

a) Propaganda per Post: das sind anonyme Briefe, unterschrieben nur mit MPR Widerstandsbewegung des Volkes), die persönlich (an den Namen) per Post oder auf anderem Wege anonym an Bekannte, Freunde, Nachbarn usw. geschickt werden. Da macht man zwei Listen: eine mit denen, die vielleicht für den Widerstand gewonnen werden können und eine mit den bekannten und erklärten Feinden des Volkes. Jeder unterhält (14-tägig oder monatlich) eine regelmäßige Korrespondenz mit diesen beiden Sorten von Leuten. Die "Freunde" fordert man auf, sich dem Widerstand anzuschließen, man informiert sie, was der Widerstand macht, wie ein Widerstandskomitee organisiert wird, welches seine Aufgaben sind usw. Man hält sie auf dem Laufenden über die Fortschritte der Linken und des Volkes, über die Geschäfte, Widersprüche, die Korruption, die Übergriffe, Folter und Verbrechen der Diktatur usw. Man schickt ihnen Dokumente, Zeitungen, Propagandameterial usw. Das wichtigste ist, ihnen einen klaren Weg zu zeigen und sie dazu zu bringen, selbst aktiv zu werden. Man bittet sie außerdem, selbst eine Liste ihrer „Freunde" und „Feinde" zu machen und den Brief und die empfangenen Materialien zu verbreiten.

Die Feinde wird man demoralisieren, denunzieren, einschüchtern und bedrohen, je nach Lage des Falles. Darunter wird es welche geben, die man neutralisieren kann und welche, die man bedrohen muß, schon allein indem man ihnen unsere Aktivität zeigt, um ihnen die Macht und den Fortschritt des Volkes vor Augen zu führen, die sie schließlich zerschlagen werden. Dies dient außerdem dazu, den Feind irrezuführen, ihn zu täuschen, und, was das wichtigste ist, seine inneren Widersprüche zu vertiefen.

b) Inschriften: Die Parolen des Widerstands sollte man überall hinschreiben, auf jede erdenkliche Weise, auf Toiletten, Aufzüge, Taxis, Kinos, Fußballplätze, Parks und Wege, Straßen, Schulen, Fabriken usw. usw. Das geht mit jedem Gegenstand: einem Schlüssel, Schraubenzieher, Stemmeisen, Taschenmesser, Farbe, Bleistift, Lippenstift, Schminke, Nagellack, Pinzette, Filzstift usw.

c) Aufkleber: In der vorigen Nummer haben wir ein einfaches System beschrieben, wie man Gummistempel macht, um sie auf gummiertes Papier aufzudrücken. Das ist eine ganz einfache Sache, sogar für Kinder. Das Material ist billig und leicht zu kriegen.

d) Flugblätter: Verbreiten von Flugblättern mit Parolen oder ausführlichem Text, die man druckt oder mit der Maschine oder sogar von Hand schreibt. In der nächsten Nummer unserer Zeitung werden wir neue Techniken beschreiben, damit jeder im ganzen Volk leicht und sicher seine eigenen Flugblätter herstellen kann. Wir werden auch einige Möglichkeiten der Verteilung genauer beschreiben.

Hier zunächst nur die einfachsten:

– Flugblätter an bestimmten öffentlichen Orten, hinlegen (Klo, Serviettenständer der Kioske, Schulbank usw.);

– Flugblätter eng zusammengerollt in das Auspuffrohr eines parkenden Wagens stopfen. Beim starten werden die Flugblätter mit großer Kraft herausgeschleudert. Dabei ist zu beachten, daß die Rolle den Auspuff ganz verstopfen muß;

– Flugblätter aus den Dachfenstern der Busse während der Fahrt abwerfen. Das geht aber nur in ganz vollen Bussen und unter den notwendigen Sicherheitsvorkehrungen;

– Flugblätter auf einem Sims oder Fensterbrett auf einer Wippe (einem Brettchen mit einer Leiste darunter) so ausbalancieren, daß auf der einen Seite die Flugblätter in einem Kasten liegen und auf der anderen Seite ein Gegengewicht, das ihnen genau die Waage hält (vorher ausprobieren!). Dies Gegengewicht besteht aus einem Topf Wasser oder



einer anderen schweren Flüssigkeit (Öl z. B.) mit einem Loch. Wenn eine bestimmte Menge Flüssigkeit ausgelaufen ist, kippt die Wippe um, der Kasten fällt runter und entleert seinen Inhalt. Das gibt einem eine vorausberechenbare Zeit um gefahrlos wegzukommen.

e) Gerüchtekampagne: Jede Woche ein Gerücht oder irgendeine Ente erfinden und herumgehen lassen, sie ausschmücken und aktualisieren, damit es noch wahrscheinlicher wird und noch neue Elemente hinzufügen. Jede Woche entsprechend dem Politischen Klima etwas mit Öffentlichkeitswirksamkeit (Attentat auf einen bestimmten Reaktionär, Anschlag auf eine Feierlichkeit, heiße Aktion des Widerstandes usw.).

6. Ablenkungsaktionen: Die Ablenkungsaktionen, die seit Ende August von den Revolutionären gemacht worden sind, sind ein vorzügliches Mittel, den Repressionsapparat zu zerstreuen, zu ermüden und zu demoralisieren. Gleichzeitig sind sie eine wirkungsvolle Propaganda für den Widerstand. Hauptsächlich bestehen sie darin, einen Anschlag auf ein Transportmittel (Flugzeug, Bus, Zug usw.) vorzutäuschen, auf ein Kommunikationsmittel der Diktatur (Radio, Fernshen, Zeitung), Posten des Repressionsapparates, Persönlichkeiten der Regierung, Botschaften, Kinos, Schauspiele usw. Wenn man eine gut

organisierte wir sie in den Ablenkungsaktionen beschrieben haben. Einige Belästigungsaktionen, die dient auch der Übung und Vorbereitung: man stellt einen Kasten mit Drähten und Batterien irgendwo

a) ‚Boykott in der Produktion: Es geht darum, auf die Überausbeutung, der wir unterworfen gleichzeitig am betroffenen Ort selbst, bei den Organen des Repressionsapparates, Zeitungen, Radio, Fernsehen angerufen. Man sagt, daß man eine Bombe gelegt hat. Wenn man die Ablenkungsaktion auf ein Transportmittel macht, ermittelt man auch noch einen Passagier und teilt dem dasselbe telefonisch mit. Wenn man über keine wohlgeübte Gruppe verfügt, reichen auch die koordinierten Telefonanrufe. Bei diesen Aktionen müssen wir immer folgende Kriterien beachten:

a) es geht darum, den Feind zu zerstreuen und zu demoralisieren, hauptsächlich die bewaffneten Streitkräfte;

b) Demoralisieren und Bedrohen der Zivilisten, die die Diktatur unterstützen;

c) Den Eindruck des Chaos erwecken, daß die Diktatur nicht Herr der Lage ist, daß sie es nicht fertig bringt, die „öffentliche Ordnung" aufrecht zu erhalten und den Bürgern keine „Sicherheit" geben kann.

d) Nicht in der ganzen Bevölkerung Panik schaffen! Nur in den Teilen, die uns dazu dienen können, die Basis der Unterstützung der Diktatur zu schmälern.

e) So viel wie irgend möglich veröffentlichen, damit mehr und mehr Leute sich diesen Aktionen anschließen.

Diese Ablenkungsaktionen werden durch die Partei unterstützt werden mit wirklichen Aktionen um den vorgetäuschten die Wirksamkeit zu garantieren.

7. Belästigungsaktionen. Das sind Aktionen, die sich durch besondere Einfachheit auszeichnen, von jedem gemacht werden können und deren Effektivität auf der großen Zahl beruht. Wie der Name schon sagt, sollen sie den Feind überall und zu jeder Zeit belästigen, ihm ökonomische Verluste beibringen und unsere Leute auf spätere größere Sabotageakte vorbereiten.

Sie bezwecken auch, den feinlichen Kräften das Leben sauer zu machen, sie zu demoralisieren und zu zerstreuen, außerdem ein öffentliches Ansehen des Widerstandes zu schaffen, damit die Bourgeoisie die Kraft eines Volkes, das organisiert kämpft, zu spüren bekommt.

Bei diesen Aktionen müssen wir uns von denselben Kriterien leiten lassen, wie wir sie in den Ablenkungsaktionen beschreiben ben. Einige Belästigungsaktionen, die heute heute vom ganzen Volk gemacht werden können:

a) Boykott in der Produktion: Es geht darum, auf die Überausbeutung, der wir unterworfen sind, mit Langsamarbeit zu antworten, in einem viel langsameren Rhythmus arbeiten. Die Produktion mit irgendeinem Vor-

wand anhalten, Material verderben oder zerstören, das absolute Maximum an Fehlern und Ausschuß produzieren usw. (Einige Beispiele der Praxis und Initiative des Volkes, die schon in die Tat umgesetzt worden sind: einen schwarzen Faden in ein Stück weißer Seide weben, Spray-Dosen (Deodorant oder Lack) ohne Loch herstellen).

b) Erhöhung der Produktions- und Wartungskosten. Maschinen versauen. Licht, Motoren oder Maschinen nicht ausschalten, Heizung und Ventilatoren anlassen, Glühbirnen kaputtmachen oder mitnehmen. Wasser laufen lassen, Toiletten verstopfen und sanitäre Installation verderben. Arbeitsanzüge oder Sicherheitskleidung zerreißen, wenn sie die Firma bezahlt usw.

c) Bau und Werfen von Krähenfüßen (Migueltos) in zentralen Straßen und im Reichenviertel, auf Brücken, Autobahnen, Tunneln usw. Das können Krähenfüße aus Eisen mit angeschweißten Nägeln sein, wenn man die technischen Möglichkeiten hat. Wenn nicht, tuns auch Scherben, kaputte Flaschen, Reiszwecken, Kartoffeln mit reingesteckten Nägeln, Nagelbretter.

d) massive Zerstörung von „sozialen" Einrichtungen wie öffentlichen Wasserhähnen, elektrisches Licht an öffentlichen Plätzen, Kanalanlagen zum Überlaufen bringen, Zerstörung oder Beschädigung von Kanaldeckeln usw. (Kinos, Fußballplätze, Schulen, Fabriken, Büros, Parks usw.).

e) Zerstörungen in Parks, Plätzen, Wegen, Gärten, Straßen und Orten, wo die Bourgeoisie sich vergnügt.

f) Fahrzeuge: Zerstörung von Sitzen, Scheiben etc. in öffentlichen Transportmitteln. Zucker in den Benzintank von Rechten werfen (Lastwagen, Kleinbussen, Taxis, Fahrzeugen des Staates oder von Reaktonären) Mit einem Schlüssel den Lack auf Autos von Rechten oder vom Staat zerkratzen (Parolen oder einfach Zeichen).

g) Die Straße aufreißen: Schlaglöcher vergrößern, die Straße verdrecken, Müll hinschmeißen oder Schutt, Umleitungen provozieren usw.

h) Telefonleitungen in den Wohngegenden der Reichen zerschneiden. Die Verteilerhäuschen suchen und die Leitungen durchschneiden.

i) Briefe verbrennen in den Briefkästen oder Nachttresorfächern der Banken.

h) Fehlalarm bei der Feuerwahr geben

k) Verbrennen von Weiden, Brachland, Parks oder Gärten der Rechten.

l) Anzeigen machen gegen die Häuser von Rechten wegen clandestinen Treffen, Waffenlagern etc. Bombardieren der Repressionsorgane (Polizeistationen, Regimenter, Nachrichtendienste usw.) mit anonymen Anzeigen. Attentate oder die Verteilung von Flugblättern gleichzeitig an verschiedenen Stellen melden usw.

m) Spitzel und Verräter durch Briefe, Telefonanrufe und Inschriften an der Tür bedrohen, sie und ihre Familienangehörigen. Gleichzeitig Geschichten von blutigen Repressalien gegen Spitzel in diesem oder jenem Viertel erfinden und verbreiten.

n) Simulierte Dynamitbriefe verschicken.

Das sind die legitimen Aktionen, womit wir uns verteidigen müssen und womit wir antworten auf die hinterlistigen Schläge, die die verbrecherische Diktatur dem Volk versetzt. Jene haben diesen blutigen Krieg gegen das Volk begonnen und durch ihren Mord und ihre Folter legitimieren sie diese und andere Formen der Antwort.

8. Aufgaben der Solidarität und Unterstützung. Die gefangenen Genossen organisieren. Hilfe an die Witwen und Waisen der durch die Diktatur gefallenen Genossen. Organisieren und Unterstützen der arbeitslosen Genossen. Für diese Aufgaben müssen die Widerstandskomitees aus jedem Arbeitsbereich spezielle Komissionen bilden, halböffentlich oder legal, wenn das möglich ist. Die Betroffenen befragen und konkrete Maßnahmen treffen, um diese Genossen zu unterstützen. Finanzierungskampagnen machen, Lebensmittel und Kleidung sammeln. Volksküchen machen, Arbeitslosenkomitees bilden, Arbeitskooperativen usw.

Das sind einige der Dinge, die das Volk heute massenhaft in Angriff nehmen kann. Wenn wir uns jetzt alle voll dieser Aufgabe widmen, so ist das die größte Ehre für den Genossen Miguel Enriquez, der im Kampf gefallen ist, in Erfüllung seiner Funktionen und Pflichten als Generalsekretär des MIR.

Justiz gegen Kassler Schülerzeitung

Prozeß gegen die Auseinandersetzung

Am 18.12.74 standen zwei Genossen von uns vor Gericht. Uli und Horst waren des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruches angeklagt.

Vorgeschichte

Uli und Horst stehen am 28. Mai 74, wie schon zweimal zuvor, vor dem Wilhelmsgymnasium und verkaufen unsere Zeitung, die AUSEINANDERSETZUNG. Der Direktor der Schule, Froeb, sieht sie und fordert sie ~~auf, das Schulgelände zu verlassen. Die zwei~~ bleiben stehen – „ihr Hausrecht interessiert mich nicht" – und verkaufen weiter die AUSEINANDERSETZUNG. Froeb sieht sich genötigt, die Bullen zu Hilfe zu rufen. Horst und Uli rechnen damit, daß diese sie kraft ihres Amtes lediglich vom Schulgelände weisen werden. Es kommt jedoch anders. Nach Eintreffen der Bullen, die die Personalien überprüfen, stellt Froeb sofort Anzeige wegen Hausfriedensbruch.

auf, das Schulgelände zu verlassen. Die zwei

Zum Prozeß

Der Zuschauerraum ist voll besetzt; ein Teil muß stehen. Außerdem sind laut Hessischer Allgemeine vom 19.12. drei Zivilbeamte der Kripo anwesend, sowie zwei Typen vom Verfassungsschutz, die ein Genosse erkennt; also alles in allem ein breit gestreutes Publikum.

Nach der Vernehmung des Zeugen Froeb – die Bullen hatten schriftlich ausgesagt – sowie nach Anhörung der Eltern plädiert der Staatsanwalt auf Verurteilung nach dem Jugendstrafrecht. Er spricht von „jugendlicher Opposition um der Opposition Willen", von einer „Sturm- und Drangphase" der Angeklagten. Da bei den Jugendlichen „keine schädlichen Neigungen, etwa Vorstrafen" festgestellt werden können, hält er eine Erziehungsmaßregel in Form von acht Wochennden Arbeit in einer sozialen Einrichtung für angemessen.

Nach dem Plädoyer des Rechtsanwalts erteilt Richter Korff den „Angeklagten" das „letzte Wort". Horst will jetzt die gemeinsame Erklärung vorlesen. Der Richter unterbricht ihn mehrfach und beginnt ins Protokoll zu diktieren: „den Angeklagten wurde von 9.25–33 Uhr das letzte Wort gewährt . . ."; doch ehe er weitermachen kann, greift der Rechtsanwalt ein und stellt Antrag auf Abbruch der Verhandlung wegen Befangenheit des Richters (unterbrechen des letzten Wortes, nicht zuhören). Dieser Antrag wäre einen Satz später nicht mehr möglich gewesen, der etwa so gelautet hätte: . . . die Sitzung ist bis zur Urteilsbegründung geschlossen. Da auf einen derartigen Antrag laut Strafprozeßordnung eine Verhandlungspause folgt, zieht Horst seine über der Stuhllehne hängende Jacke an, macht aber keine Anstalten, den Saal zu verlassen. Der Richter nimmt dies zum Anlaß, ihn für eine Stunde vorläufig festzunehmen; Horst muß die Verhandlungspause in einer Zelle des Justizgebäudes verbringen.

Nachdem der Richter den Befangenheitsantrag, über den er laut STPO in diesem Falle selbst entscheiden muß, abgelehnt hat, verliest er das Urteil. „Im Namen des Volkes" werden Horst und Uli zu einer Geldstrafe in Höhe von 500.– DM ersatzweise 20 Tage Haft verurteilt. Außerdem haben sie die Prozeßkosten zu tragen.

In der mündlichen Urteilsbegründung betont Korff zuerst, daß das Gericht **rein juristisch** vorgegangen sei und noch nicht einmal den Inhalt der betreffenden Zeitung beachtet habe. Etwas später heißt es aber dann, man habe die Ausführungen des Rechtsanwaltes (Forderung nach Rechtsgüterabwägung) wohl bedacht, doch da die Angeklagten „aus der Anonymität heraus operierten, unter Verletzung des Presserechts" (fehlendes Impressum) und „unausgegorene Angriffe GEGEN Lehrer und Schüler (?)" starteten, hätten sie ihr Recht auf Meinungsfreiheit mißbraucht (das heißt im Klartext, daß die Angeklagten praktisch dieses Recht verwirkt haben, wie das Urteil auch zeigt).

Zum anderen führt er an, ein „normaler", nicht Vorbestrafter Täter erhalte in diesem Falle 100–200.– DM Geldstrafe, da es sich bei den Angeklagten jedoch um „Überzeugungstäter" handele, die auch noch „stolz auf ihre Tat" seien, müsse man schon 500.– DM verhängen.

Deutlicher hätte er den Charakter dieses Urteils als **politisches Gesinnungsurteil** nicht klar machen können.

Einen ausführlichen Prozeßbericht, die gemeinsame Erklärung sowie eine Einschätzung der Prozeßstrategie werden wir in der nächsten AUSEINANDERSETZUNG (nr. 11) bringen. Sie kann über die Redaktion der AUSEINANDERSETZUNG, 35 Kassel, Hirtenweg 26 bezogen werden. Ein Jahresabo kostet 10.– DM, eine Einzelnummer 1.– DM.

Spendenkonto:
Postscheckkonto ffm
nr. 30 37 17–600 Ludwig Pfeifer
Kennwort: Prozeß

Zur Bombenexplosion im Bremer Hauptbahnhof am 7.12.

Die Gefangenen aus der RAF erklären:

Aktionen der RAF richten sich niemals gegen das Volk. Die Bombe die am Samstag im Bremer Hauptbahnhof explodierte, erweist sich durch die Wahl des Ziels als Fortsetzung der Praxis der Staatsschutzpolizei:

Zur Einschüchterung und Disziplinierung des Volkes benutzt sie nicht mehr allein das faschistische Mittel der Drohungen

Mit Bomben wie im Juni 1972 gegen Stuttgart,

Mit Raketen wie im März 1974 gegen Millionen Zuschauer der Fußballweltmeisterschaft,

Mit Trinkwasserverseuchung wie im Mai 1974 gegen die Bevölkerung Baden-Wurttembergs. bergs.

Die Staatsschutzplizei ist jetzt dazu übergegangen, ihre Provokationen in die Tat umzusetzen, mit dem Risiko, unter der Bevölkerung ein Blutbad anzurichten.

9.12.1974

Hallo Italien ITT hört mit !

Vor einem Jahr wurde durch die Wochenzeitung 'siette giomi' bekannt, daß es in Italien ein paralleles Telefonnetz, von ITT kontrolliert, gibt. Mittlerweile beunruhigt ein solches Netz die Linken, vor allem seit Gerüchte über Putschversuche auftauchten. Diese Tatsache stellt die Organisation der Nato und auch die Linken in Frage.

Offiziell besitzt die römische Polizei zwei Abhörzentralen, die eine abhängig von der Verwaltung und die andere von der Leitung der Karabinieri. Eine weitere Telefonzentrale existiert in den Kellern des Postministeriums. Diese hat keine legale Existenz, ist nirgends registriert, kann aber trotzdem mehrere tausend städtische Anschlüsse kontrollieren.

Die Angestellten dieser Zentrale sind normalerweise Ausländer und unabhängig vom Post ministerium. Tatsächlich untersteht sie der Nato und genießt deshalb exterritoriale Rechte . Sie braucht dem italienischen Staat keine Rechenschaft abzulegen. Die offizielle Polizei kann nur über diplomatischen Weg intervenieren.Die ganze Ausrüstung der Zentrale ist von einer Tochtergesellschaft von ITT beschafft worden. So können Teile des Telefonnetzes in Rom von der Nato lahmgelegt werden - ohne, daß ihr eigenes paralleles Netz funktionsuntüchtig wird.

Seit einigen Jahren hat die ITT eine Reihe von kleineren Gesellschaften aufgesogen, die vorher von der italienischen Post (sip), die das Telefonmonopol hat, kontrolliert wurden. ITT hat dieses Monopol der sip unterhöhlt. (ID)

Erklärung zur 'Aktion Winterreise'
Zeugen frei erfunden

Die Rechtsanwälte Dr. Heldmann, Darmstadt, A. Golzem, Inge Hornischer, B. Koch, R. v. Plottnitz, H. Riedel, J. Riemann, Frankfurt, erklären als Verteidiger von acht im Zuge der 'Aktion Winterreise' Festgenommenen:

Noch vor Weihnachten sind sechs der zehn Personen, die anläßlich der sogenannten Aktion Winterreise in Frankfurt/Main festgenommen worden sind, wieder freigelassen worden . Was schon auf der Pressekonferenz unmittelbar nach der Aktion von Freunden der Festgenommenen erklärt wurde, hat sich bestätigt. Die Haftbefehle gründeten sich allein auf die frei erfundenen Angaben des Zeugen Rolf Mauer. Polizei und Bundesanwaltschaft kannten seine Aussagen bereits Monate vor dem Verhaftungszeitpunkt und wußten, daß dieser Zeuge auf Grund langjähriger Strafhaft nicht in der Lage ist, seine Wahrnehmungen mit der Realität in Einklang zu bringen. Es ist offensichtlich, daß die Strafverfolgungsorgane mit der Verwertung dieser Angaben einen ihnen politisch opportun erscheinenden Zeitpunkt abgewartet haben. Die Ausstellung der Haftbefehle auf dieser Grundlage durch den Bundesgerichtshof erscheint als staatliche Machtdemonstration. Die Andauer der Untersuchungshaft von Brigitte Heinrich und dreier weiterer Personen verschleiert nur die Tatsache, daß auch hier die Vorwürfe unhaltbar sind.

Die freiwillige Gleichschaltung der Presse und der anderen Massenmedien nach der Aktion Winterreise, ihre Empfänglichkeit für die von den staatlichen Organen produzierte Hysterie zeigen an, daß die vielbeschworene Pressefreiheit bloße Phrase ist.

Spenden

Dezember 74

20,–	Hamburg
8,–	Senne
12,–	Remagen
100,–	Kiel
300,–	Frankfurt
30,–	Frankfurt
100,–	Frankfurt
570,–	

Soo nicht! Wenn ihr nicht bald mehr spendet - kommt mir hier in Zukunft kein Comic mehr 'rein! Kapiert?

BETRIEBSARBEIT IM KRANKENHAUS

Anfang 1974 begann ich, in einem Krankenhaus zu arbeiten, kurze Zeit später stieß ich dort zu einer Betriebsgruppe. Innerhalb dieser Gruppe gab es eine lange, harte Auseinandersetzung mit Kollegen von der KPD/ML. Ich will davon berichten, weil ich hoffe, daß dadurch andere den Schaden vermeiden können, den wir gehabt haben. Im zweiten Teil des Artikels stelle ich die Arbeitsorganisation unseres (vom Kapitalstandpunkt aus fortschrittlichen) Krankenhauses dar und die Schwierigkeit der Kollegen, für ihre Interessen zu kämpfen.

Die Auseinandersetzung mit der KPD/ML in unserer Betriebsgruppe

Einige Kollegen in unserem Krankenhaus wollten Anfang dieses Jahres eine ÖTV-Betriebsgruppe gründen. Der Tarifabschluß paßte ihnen nicht, zwei Vertrauensleute, die gleichzeitig hauptamtlich Personalräte sind, wiegelten während der Tarifrunde unsere Unzufriedenheit ab und der übrige Vertrauensleutekörper (15 Leute) war sehr unselbständig.

Obwohl es laut Vertrauensleuterichtlinien in allen Dienststellen ÖTV-Betriebsgruppen geben soll, erkannte uns die ÖTV nicht an. Es hieß, daß ÖTV-Betriebsgruppen nur von einer Mitgliederversammlung ins Leben gerufen werden können. Da wir ahnten, wie lange wir darauf hätten warten müssen, riefen wir selbst zu einer Versammlung auf (die ÖTV distanzierte sich durch im ganzen Krankenhaus verteilte Schnellbriefe und warnte vor den bösen roten Gewerkschaftsspaltern, die einen auf dieser Versammlung erwarten). Zu der Versammlung kamen ca. 30 Leute. Da sich viele von ihnen zum ersten Mal sahen, und die meisten zum ersten Mal ihre Interessen selbst vertreten wollten, erzählte jeder von seiner Abteilung. Die für uns wesentlichen Punkte und unsere Forderungen veröffentlichten wir in einem Flugblatt: Personalmangel, daher Arbeitsüberlastung auf allen Gebieten – schlechte Bezahlung der Lernschwestern und Vorschülerinnen – die Wohnungen in den Schwesternhäusern sind beschissen – die 12-Tagewoche geht an die Substanz und die Sparsamkeit an Personal und Material erlaubt häufig keine vernünftige Versorgung der Patienten mehr.

Wir trafen uns dann wöchentlich und berieten, wie wir den Kampf gegen diese Mißstände führen könnten. Außerdem waren einige beim Flugblattverteilen erwischt worden, und wir wollten etwas gegen die Repressalien tun, die darauf kamen. Unsere KPD/ML-Fraktion schlug vor, daß wir alle zum Chef gehen sollten, falls noch einer wegen der Flugblätter dorthin zitiert wird, und jeder solle von seiner Abteilung noch soviel Kollegen wie möglich mitbringen. Da jedoch den größten Teil wir selbst gestellt hätten (weil wir noch so gut wie überhaupt nicht in der Belegschaft verankert waren), hätte sich der Chef nur ins Fäustchen gelacht, weil er so schnell und einfach herausbekommt, wer zu unserer Gruppe gehört.

Um unserer Forderung nach Personalverstärkung Nachdruck zu verleihen, schlug die KPD/ML-Fraktion vor, man solle die Transportpfleger als die wohl am stärksten belasteten Kollegen zum Streiken bewegen. Diesem Vorschlag widersprachen viele Kollegen, weil die Transportpfleger von allen Teilen der Belegschaft am ehesten ersetzbar sind, denn sie brauchen für ihre Tätigkeit keine Ausbildung oder Anlernzeit. Einige Kollegen warfen der KPD/ML Verantwortungslosigkeit vor, da die Transportpfleger teilweise Ausländer sind. Wahrscheinlich hätten sich die Transportpfleger auch nicht von der ML-Fraktion (zum großen Teil Ärzte) in den Streik schicken lassen.

In diesen beiden Fragen kam es zu den ersten härteren Auseinandersetzungen. Sie wurden zwischen der KPD/ML-Fraktion einerseits und hauptsächlich nicht organisierten Kollegen andererseits geführt. Diese zweite Gruppe bestand aus Leuten, die teils im Gesundheitswesen, teils anderswo schon Kampferfahrungen gemacht hatten und die sich daher dagegen wehrten, daß die KPD/ML-Fraktion mit ihren unrealistischen Vorschlägen die Betriebsgruppe oder die Transportpfleger verheizt. Diese zweite Gruppe trat jedoch nicht geschlossen als Fraktion auf; es waren einzelne Leute, die sich erst mit der Zeit „gefunden" haben. **Wie** die drohenden Repressalien zu verhindern seien, **wie** unsere Forderungen durchzusetzen seien, wußten diese Kollegen auch nicht. Weil es nur die unrealistischen Vorschläge der KPD/ML und die Kritik daran, aber keine realistischen Gegenvorschläge gab, blieben von den Leuten, die zu keiner der beiden Gruppen gehörten, mit der Zeit immer mehr weg.

Mitten in der Haupturlaubszeit wurde kurzfristig eine Personalversammlung angesetzt. Unter anderem sollte von der 40-Stundenwoche ab 1.10.74 Flugblattaktionen am Krankenhaus, Essensgelderhöhung und Platzmangel im Kindergarten die Rede sein. Wir brachten dazu ein sorgfältig diskutiertes und formuliertes Flugblatt heraus, in dem wir die geplante Rationalisierung unserer Arbeit durch Verminderung der Bettenzahl, Schließung von Krankenhäusern und Überlastung des Personals erklärten. Wir forderten: Absicherung der 40-Stundenwoche durch Personalvermehrung um mindestens 5 %, 5-Tagewoche und Abschaffung des geteilten Dienstes (*). Die Mühe, die wir auf das Flugblatt verwendet hatten, zahlte sich aus. Wegen der vielen nicht beschreibbaren Tatsachen, der einfachen Sprache, dem Fehlen jeglicher Phrasen und Schlagwörter und der klaren Forderungen kam das Flugblatt in sehr vielen Abteilungen gut an. Es hatte nur einen Fehler: Verantwortlich zeichnete ein Toter und der Lay-outer, der diesen Namen hinzugefügt hatte, hatte nicht bedacht, daß dieser Tote früher einmal in unserem Krankenhaus gelegen hat. Bei den Kollegen, die ihn kannten, wurde der gute Inhalt des Flugblatts durch diesen makaberen Umstand wieder ausgewischt. Und auch auf der Personalversammlung drückte der Personalrat reichlich auf die Tränendrüse, daß die Betriebsgruppe sich nicht scheue, mit einem Toten Politik zu machen usw. Eine Erklärung unsererseits, daß der Lay-outer eigenmächtig, ohne unser Wissen den Namen hinzugesetzt hatte, brachte die Sache wieder ins Lot.

Auf der Personalversammlung waren rund 180 Kollegen (das sind weniger als 10 %) und ca. 30 Anwesende waren Oberärzte oder andere Bonzen. Zu unserer Resulution zur 40-Stundenwoche kamen nur einige Wortmeldungen von uns, und als weder Personalrat, noch Gewerkschaftsbonzen, noch Krankenhausleitung ernsthaft widersprachen, stimmten wir ab: 69 dafür, 84 dagegen. Erst nach dieser Niederlage kamen zahlreiche Wortmeldungen unserer Kollegen, die aus den verschiedenen Abteilungen über den Personalmangel, die Arbeitssituation und die dadurch bedingte schlechte Versorgung der Patienten berichteten. Wir hatten zwei Fehler gemacht:

1. Als unserer Resulution niemand mehr widersprach, waren wir uns unserer Sache zu sicher und verzichteten auf die weiteren Wortmeldungen, die die Unentschlossenen wahrscheinlich noch auf unsere Seite gebracht hätten.
2. Wir hätten geheime Abstimmung fordern müssen. Krankenhausleitung, Gewerkschaftsbonzen und einige reaktionäre Vertrauensleute beobachteten ständig, wer zu unseren Wortmeldungen klatschte. Viele Kollegen, besonders Ausländische, wurden von ihren Vorgesetzten oder Vertrauensleuten während der Abstimmung angewiesen, wann sie die Hand zu heben hätten.

(*) Wir machen normalerweise Schichtdienst, zB von 6 Uhr bis 13 Uhr 1.Schicht, 13 Uhr bis 2o Uhr zweite Schicht. Bei Personalmangel, am Wochenende usw., müssen wir manchmal geteilten Dienst machen, dh. die Nachtwache bleibt bis 7 Uhr allein, dann kommt der Tagdienst von 7 Uhr bis 13 Uhr. Einer bleibt bis 16 Uhr, die anderen haben Pause und von 16 bis 2o Uhr wieder Dienst. Der ganze Tag ist also hin, während das Krankenhaus eine Schicht spart.

Bei dem nächsten Punkt (Flugblattaktionen am KH) wurde durch eine längere, phrasenreiche Rede eines Arztes aus unserer KPD/ML-Fraktion, die völlig an der Sache vorbeiging, der Unmut der Kollegen hervorgerufen. Für unsere 2. Resulution (gegen Be - hinderung der gewerkschaftlichen und politischen Betätigung) konnten wir daher nur wenig mehr als unsere eigenen Stimmen gewinnen.



Seitdem polarisierte sich unsere Gruppe deutlich. Der KPD/ML-Arzt wurde kritisiert, er wollte jedoch nichts einsehen. Da wir von der Personalversammlung auch den Kollegen berichten wollten, die nicht gekommen waren (über 90 %), mußte ein neues Flugblatt erscheinen. Die ML-Fraktion legte einen Entwurf vor, der die Personalversammlung als großen Erfolg der Kollegen feierte und unsere Fehler überhaupt nicht berücksichtigte. Der Entwurf wurde abgelehnt und ein anderer mehrheitlich gebilligt. Er befand sich schon im Layout, als wir erleben mußten, wie die KPD/ML nun, da ihr Entwurf nicht durchgekommen war, ihre eigene „Berichterstattung" trieb. Von ihrer Zeitung „Kämpfende Station" war eine Extra-Nummer am Krankenhaus verteilt worden. Sie enthielt einen Bericht von der Personalversammlung in ungefähr dem Stil, in dem der KPD/ML-Arzt jene Rede gehalten hatte, nach der wir auf der Personalversammlung kein Bein mehr auf den Boden bekommen konnten. Von unseren Fehlern war keine Rede, auch nicht von unseren Abstimmungsniederlagen. Die Betriebsgruppe wurde als Vorhutorganisation der allwissenden KPD/ML dargestellt, die die künftigen Kämpfe am Krankenhaus leiten werde. Wir waren sehr ärgerlich darüber, weil das Mißtrauen vieler Kollegen gegen uns, das schon im Schwinden begriffen war, durch die „Kämpfende Station" sofort wieder aufflammte. Wir fragten unsere MLer, wie sie dazu kämen, gegen Gruppenbeschluß so etwas zu veröffentlichen. Sie sagten, man könne der KPD/ML nicht verbieten, etwas zu veröffentlichen. Sie behaupteten außerdem, sie wüßten nicht, wie die Informationen von der Personalversammlung zur KPD/ML gelangt seien. Hier forderten erstmals Kollegen, daß man sich wegen dieser offensichtlichen Unehrlichkeit von der KPD/ML trennen müsse.

Wir beschlossen, uns in einem Offenen Brief an die KPD/ML vom Inhalt der „Kämpfenden Station" zu distanzieren. Von nun an war der Teufel los. Die ML-er versuchten vier Sitzungen lang, dies zu verhindern. Von Sitzung zu Sitzung wiederholten sie die Abstimmung über den Offenen Brief – erfolglos. Sie begannen, einzelne Kollegen grob zu beschimpfen. Wieder verließen Kollegen die Gruppe, weil sie es nervlich nicht mehr aushalten konnten, stundenlange, sehr agressive Streitereien mitzumachen, die uns überhaupt nichts brachten. Viele, die zum ersten Mal politisch arbeiteten, wurden mit der Agressivität der ML-er nicht fertig.

Schließlich war die Distanzierung jedoch endgültig durch. Jetzt weigerten sich die ML-er, das Flugblatt mit dem angefügten Offenen Brief zu verteilen, obwohl wir einmal einstimmig einen grundsätzlichen Beschluß gefaßt hatten, daß jeder – nach freier Diskussion innerhalb der Gruppe – nach außen hin den Mehrheitsbeschluß vertritt, egal, ob es ihm persönlich paßt oder nicht. Wieder forderten Kollegen die Trennung von der KPD/ML-Fraktion.

Auf einer bald folgenden Mitgliederversammlung der ÖTV brachte unser alter Freund der ML-Arzt es noch einmal fertig, jetzt aber zum letzten Mal, die Atmosphäre so zu verpesten, daß es uns wieder nicht gelang, eine rationale Diskussion um unsere Forderungen zu führen. Die meisten Kollegen waren durch sein Auftreten einfach zu verängstigt.

Auf der gleichen Mitgliederversammlung hatte unser alter Freund ein Flugblatt verteilt, in dem er einige Mitglieder der Betriebsgruppe als Handlanger der Gewerkschaftsführung bezeichnete. Jetzt war der Bart ab; alle, die nicht zur ML-Fraktion gehörten, waren sich einig, ihn rauszuschmeißen. Wir haben das einige Wochen verschoben, weil er zur gleichen Zeit fristlos entlassen wurde. Wir haben uns für seine Wiedereinstellung eingesetzt, weil die Entlassung eine Drohung gegen alle Linke ist und weil jeder fehlende Kollege eine Vermehrung der Arbeit und eine Verschlechterung der Patientenversorgung bedeutet. Denen von uns, die er so häufig beschimpft und beleidigt hat, ist die Unterstützung allerdings schwer angekommen. –

Sein ganzes Auftreten im Krankenhaus deutet darauf hin, daß er mit seiner Entlassung gerechnet haben muß, sie sehr wahrscheinlich auch beabsichtigt hat. Was danach kam, bestätigt die Vermutung. Sofort war nämlich „die Partei" zur Stelle, in einigen Flublättern wurde – im uns schon sattsam bekannten Stil – von der Entlassung berichtet und zum Kampf für die Wiedereinstellung aufgerufen. Das war, nach allem was geschehen war, eine aussichtslose Sache. Widerstand gegen seine Entlassung gab es nur in den Abteilungen, wo er gearbeitet hatte, weil er ein guter Kollege, kein hochnäsiger Arzt gewesen war. Politisch motivierten Widerstand gab es kaum, die Entlassung ging daher ziemlich reibungslos über die Bühne.

Aus seiner Entlassung hat er keine Lehren gezogen. Er sieht sie als Beweis für die Richtigkeit seiner Politik an. Diese Politik kann er sich auch materiell leisten: er bekommt als Arbeitslosengeld ungefähr genausoviel wie das Gehalt eines Angestellten der niedrigsten Besoldungsstufe (Kr. 1): ca. 850,– DM netto. Auch daß der Widerstand gegen seinen Rausschmiß erfolglos blieb, gibt ihm nicht zu denken. Das liegt für ihn nicht etwa daran, daß er durch sein unsinniges Auftreten sich fast völlig isoliert hat, nein, bewahre, das liegt vielmehr daran, daß die Kollegen aus gottweißwasfürwelchen Gründen eben noch nicht kampfbereit genug sind.

Als wir ihn dann aus unserer Betriebsgruppe rausgeschmissen haben, akzeptierte seine Fraktion den Beschluß nicht und wurde daraufhin ebenfalls rausgeschmissen. Seitdem geht es uns deutlich besser; wir kamen dazu, eine Betriebszeitung herauszugeben und auf der nächsten ÖTV-Mitgliederversammlung Fuß zu fassen.

Uns blieb nichts als die Trennung übrig, wenn wir überhaupt arbeitsfähig bleiben wollten und uns nicht bei den Kollegen unglaubwürdig machen wollten.

Arbeitsteilung, Rationalisierung und Klassenbewußtsein am Krankenhaus

Das Krankenhaus, an dem ich arbeite, ist ein „modernes Hochleistungskrankenhaus". Seine Arbeitsorganisation und Verwaltung sind für die Zukunft des Krankenhauswesens richtungsweisend. Das jedenfalls sagen die Leute, die bei der Gestaltung der Zukunft des Krankenhauswesens kräftig im Sinne kapitalistischer Rationalität mitmischen. Ich glaube ihnen das aufs Wort.

Mein Krankenhaus bildet daher einen idealen Beobachtungspunkt für das, was uns als Beschäftigte am Krankenhaus oder als zukünftige Patienten erwartet. Gleichzeitig könnte hier sichtbar werden, welche Möglichkeiten und Schwierigkeiten sich für den Klassenkampf am Krankenhaus ergeben.

Auf welchem Wege wird an den Krankenhäusern die Rationalisierungsschraube angezogen?

Die Leute in unserem Land, denen das Krankenhauswesen zu teuer ist, haben sich etwas einfallen lassen, um Geld zu sparen: das Krankenhaus-Finanzierungsgesetz, im folgenden KFG genannt. Nach diesem Gesetz sollen nur noch diejenigen Krankenhäuser staatlich gefördert werden, die in einen Landes-Krankenhausbedarfsplan aufgenommen werden. Das Kriterium, ob ein Krankenhaus in den Bedarfsplan aufgenommen wird, ist, ob es „sparsam wirtschaftend und leistungsfähig" ist (KFG). Da diese Begriffe nicht näher definiert werden, besteht mit diesem Gesetz die Möglichkeit, relativ willkürlich den Krankenhäusern ein bestimmtes Maß an Sparsamkeit aufzuzwingen. Die bis jetzt absehbaren Wirkungen dieses Sparsamkeitszwanges sind folgende:

1. Mit wenigen Ausnahmen werden die Krankenhäuser mit weniger als 100 Betten geschlossen.
2. Die Bettenzahl wird verringert
3. Die durchschnittliche Verweildauer eines Patienten am Krankenhaus (Liegezeit) wird verkürzt.
4. Ein Teil des qualifizierten Pflegepersonals wird durch Hilfspersonal (billiger) ersetzt.
5. Die Belastung des gesamten Personals wird gesteigert.
6. Neue Arbeitsorganisation erlaubt Personaleinsparungen.

Durch diese Sparsamkeit werden jedoch nicht etwa die Krankenkassen und die beitragszahlenden Mitglieder entlastet, sparen tut lediglich der Staat. Die Aufteilung der Kosten zwischen Staat und Krankenkassen, die das KFG vorschreibt, führt dahin, daß die Krankenkassen, die heute schon 170 DM pro Patient und Tag zahlen, bis 1977 das doppelte zahlen müssen. Die Krankenkassenbeiträge werden entsprechend steigen. –

Zu welchen Veränderungen am Krankenhaus führt der Rationalisierungszwang?

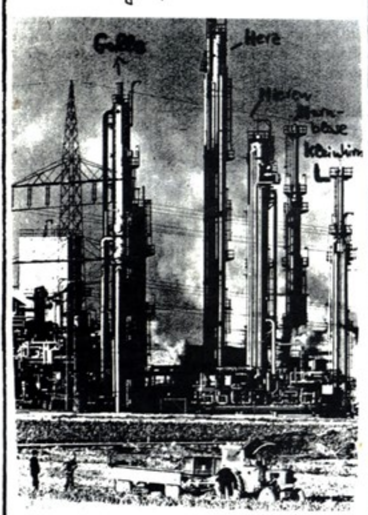
Das läßt sich an meinem Krankenhaus beispielhaft beobachten. Ein Grundsatz der Arbeitsorganisation ist, möglichst viele Tätigkeiten, die keine besondere Qualifikation erfordern, den Pflegern und Schwestern auf den Stationen abzunehmen und sie von unqualifizierten Arbeitskräften außerhalb der Stationen machen zu lassen. Zwei Beispiele:

1. Das Essen wird – abgesehen von der warmen Mahlzeit – in alten Häusern häufig auch vom Stationspersonal gerichtet. Das gibt es bei uns nicht mehr. Wir haben eine Küche, wo vor jeder Mahlzeit für jeden Patienten ein Tablett gerichtet wird. Die Tabletts kommen in Wägen, von denen auf jede Station einer kommt. Das Stationspersonal muß nur noch die Tabletts verteilen und gegebenenfalls füttern. Die Tabletts werden in der Zentralküche im Fließbandverfahren bestückt. An den Bändern stehen zumeist Ausländer. Durch Karten mit farbigen Klebepunkten (für die verschiedenen Diäten) erfahren sie, was sie auf die Tabletts stellen sollen.

2. Die Laufwege von Station zu Station oder von Station zu einer Funktionsabteilung nehmen in alten Häusern sehr viel Zeit weg, besonders dann, wenn es sich, wie bei vielen alten Krankenhäusern, um ein riesiges Gelände mit vielen Häusern darauf handelt. Unser Krankenhaus besteht aus einem vielstöckigen Hochhaus, in dem die Stationen sind, mit einem direkt angebauten Funktionstrakt (Operationsabteilung (OP), Labors, Röntgenabt., Apotheke, Bäderabt., EKG, Strahlentherapie, Sterilisation etc.). Durch einen Gang sind die Bewirtschaftungsabteilungen (Küche, Kesselhaus, Handwerker) und die Pathologie zu erreichen. Die auf diese Weise stark verkürzten Laufwege werden fast nur vom „Hol- und Bringedienst" besorgt, der den ganzen Tag nichts anderes tut, als Material und Papierkrieg von Abteilung zu Abteilung zu bringen. Er besteht ebenfalls fast nur aus Ausländern. Das „Spazierengehen" liegt also für das Stationspersonal nicht mehr drin, man arbeitet den ganzen Tag auf der Station. Ausnahme: Betäubungsmittel aus der Apo holen, was der Hol- und Bringedienst nicht darf, und ganz dringende Sachen.

Eine andere Rationalisierung besteht darin, das Labor zu atuomatisieren. Dies ist allerdings nur bei Krankenhäusern von einer bestimmten Größe an rentabel (mein Krankenhaus hat über 1 000 Betten). Das Laborpersonal bedient und überwacht dann im wesentlichen die Automaten. (Hier ergibt sich wohl die Möglichkeit der Dequalifikation, ich weiß darüber aber zu wenig.) Für die Stationen bedeutet das, daß die Schwestern nur noch Blut, Urin etc. abnehmen und ins Labor schicken. Es werden nur noch zwei oder drei Arten von Untersuchungen auf Station vorgenommen, alle anderen macht das Labor. Früher wurde ein größerer Teil auf Station gemacht.

Technik und Medizin: Supermodernes Krankenhaus in Michigan, USA



Pumpen und Versorgungsmaschinen mit Anschlüssen an bis zu 10.000 Organe

Die beschriebenen Rationalisierungen in unserem Krankenhaus werden als Begründung genommen, um die Arbeitsbelastung zu erhöhen. Es gibt für die Stationen einen „Bettenschlüssel", d. h. ein festgelegtes Zahlenverhältnis zwischen Patienten und Pflegepersonal. Er liegt bei uns um 0,4 höher als in den anderen Krankenhäusern: auf eine Schwester (Pfleger) kommen 2,87 Patienten. (Krankheit oder Urlaub werden nicht berücksichtigt, der Bettenschlüssel gilt auch nicht nur für die Besetzung einer Schicht, sondern für das gesamte auf einer Station arbeitende Pflegepersonal.) Die nichtausgebildeten Schwestern oder Pflegehelfer zählen im Bettenschlüssel jedoch genauso als eine Planstelle wie Schwestern oder Pfleger. Da das Hilfspersonal aber einige Arbeiten mangels Ausbildung nicht verrichten kann oder darf, führt der Einsatz von Hilfspersonal auf Planstellen zu einer Mehrbelastung der (ausgebildeten) Schwestern.

Dazu kommt, daß der Bettenschlüssel auf kaltem Wege (d. h. noch nicht nominell) erhöht wird. Seit 1.10.74 zählen die Stationsschwester (Stationöse) im Bettenschlüssel mit, (d. h. 2,87, d. h. 3 Patienten mehr auf der Station) wenn es auf der Station zwei Kr. 5-Stellen gibt. (Stationöse bekommt Kr. 6 oder 7; normalerweise gibt es eine Kr. 5-Stelle pro Station („Seitenschwester"), ansonsten bekommen die Schwestern Kr. 4.

Diese Sparmaßnahme ist ebenso einfach wie hinterlistig: man zahlt einer Schwester knapp 200 DM brutto mehr, indem man sie von Kr. 4 auf Kr. 5 befördert, und hat damit, ohne einen Menschen mehr für die Arbeit zu bekommen (der brutto 1 400 DM bis 1 500 DM kosten würde), drei Patienten mehr auf der Station.

Davon abgesehen kommt es jetzt auf immer mehr Stationen vor, daß der Bettenschlüssel überhaupt nicht mehr eingehalten wird. Unter mitleiderweckenden Hinweisen auf die ständig zunehmenden Akuterkrankungen, die vielen Unfälle und die langen Wartelisten für manche Operationen (z. T. über 1 Jahr) werden die Stationen vollgeknallt bis obenhin, ohne Rücksicht auf die Zahl der Schwestern. Die Belastungszahl der Transportpfleger ist schon seit langem überschritten, statt vier Transporten pro Pfleger und Stunde machen sie 7 – 8.

Über die Belastung auf anderen Abteilngen weiß ich nichts Genaues. Soweit ich gehört habe, wird auch hier langsam aber sicher gesteigert. Aus dem OP zum Beispiel weiß ich, daß an manchen Tagen zwei Anästhesieschwestern zwischen 8 (in Worten acht) OP-Tischen hin- und herlaufen müssen. Wenn's jetzt bei einer OP kritisch wird und die eine Anästhieschwester dort festgenagelt ist, dann muß die andere 7 Tische gleichzeitig bedienen. Und wenn's mal zufällig bei einer anderen OP kritisch wird . . .

Alles spricht dafür, daß der Staat nicht im entferntesten daran denkt, uns durch Personalverstärkung zu entlasten. Bis vor einigen Jahren gab es zu wenig Zulauf zum Schwesternberuf, daher einen chronischen Fehlbestand von zehntausenden von Schwestern oder Pflegern. Der Staat begründete die Misere damit, daß heutzutage eben keiner mehr zum „Dienst am Mitmenschen" bereit wäre. Seit ein paar Jahren ist das anders. Der Zulauf zum Pflegeberuf ist so stark, daß an den Krankenpflegeschuler schon ein NC besteht (Wartezeit bei uns: drei Semester). Der Zulauf zum Pflegeberuf nützt uns nur wenig, denn der Staat denkt nicht daran, genügend Pflegeschulen zu errichten. Wesentlich billiger ist es, weiterhin zu wenig Schwestern auszubilden (obwohl es genug gäbe, die wollten) und die Krankenhausmisere mit der alten Propaganda zu begründen. Das gelingt dem Staat derzeit noch, weil kein Mensch weiß, daß es inzwischen einen NC an den Krankenhauspflegeschulen gibt.

Die Auswirkungen auf die Patienten

Es passiert in den Krankenhäusern viel, was Anlaß zu Skandalen geben würde, wäre es bekannt. Die Schweigepflicht sorgt dafür, daß nichts bekannt wird. Klar ist, wie das Beispiel mit den Anästhesieschwestern zeigt, daß bei steigender Arbeitsbelastung sich die Wahrscheinlichkeit eines „Kunstfehlers" erhöht. Daß dies schon in einem gehörigen Maß geschehen ist, kann man daran sehen, daß sich kürzlich ein „Verein durch ärztliche Behandlung Geschädigter" (oder so ähnlich) gegründet hat. Die bei einer Operation mit eingenähten Skalpelle, von denen man hin und wieder in der Zeitung liest, sind nur die Spitze des Eisbergs.

Die Verkürzung der durchschnittlichen Liegezeit wird damit begründet, daß in Akutkrankenhäusern mit besonderer, technischer Ausrüstung keine Pflege- oder Rekonvaleszenspatienten liegen sollen, um die Inanspruchnahme der besonderen Ausrüstung durch Akutkranke nicht zu blockieren. Das ist an sich nicht falsch, unsere besorgten Sparer haben dabei allerdings wohlweislich „vergessen", für die Einrichtung entsprechender Nachsorge- und Pflegeanstalten zu sorgen, weil das natürlich auch zu teuer ist. Viele Patienten werden daher nach Hause entlassen zu einem Zeitpunkt, wo es ihnen noch relativ schlecht geht und sie intensiverer Behandlung als der des Hausarztes bedürfen.

Auswirkungen auf das Bewußtsein des Personals

Die Reaktion des Pflegepersonals auf unser Fließbandkrankenhaus ist nur zum geringeren Teil gewerkschaftliche Organisierung oder Interesse an den Ursachen solcher Planung. Viele Schwestern verlassen unser Haus nach kurzer Zeit wieder und gehen an ein „rückständiges" Krankenhaus, wo sie noch selber Pisse (zum Zweck der Untersuchung) kochen müssen oder zur 500 Meter entfernten Apotheke laufen müssen. „Lieber wieder Brote schmieren!" sagen viele, die gehen.

Dieser Ausweg, der Scheiße zu entgehen, besteht noch. Aber, wie gesagt, mein Krankenhaus ist „richtungweisend". Wenn das KFG seine volle Wirkung entfaltet hat, dann wird auch in den alten Häusern der Rationalisierungsdruck die Arbeitssituation verschlechtern. In dem Moment, nehme ich an, wird das Interesse an den Hintergründen der Misere und die Initiative, etwas gegen die Arbeitshetze zu tun, ziemlich steigen.

Die Leute in der Küche oder vom Hol- und Bringedienst bummeln manchmal, oder die Tabletts werden unvollständig oder falsch bestückt. Wir auf den Stationen fluchen darüber, wenn z. B. das Mittagessen zu spät kommt, muß die Frühschicht länger bleiben. Das Problem aller Leute, die direkt mit den Patienten zu tun haben ist einfach, daß man nicht bummeln oder streiken kann, denn es trifft lediglich die Patienten und gibt außerdem dem Staat und der Presse ideale Gelegenheit, gegen uns zu hetzen und uns von der Bevölkerung zu isolieren, schlimmer noch als wenn die Mülleimer oder die Postler streiken. Das gewerkschaftsfeindliche Bewußtsein und die Identifikation mit der Arbeit, die z. B. im Schwesternberuf vorherrschten, sind im Schwinden begriffen, weil die steigende Arbeitshetze uns fertig macht und weil die Fließbandabfertigung der Patienten die humane Absicht verhöhnt, mit der viele von uns Schwester oder Pfleger geworden sind. Aber wir wissen keine Kampfform, mit der wir eine Begrenzung der Arbeitsbelastung erzwingen könnten. Deshalb sind die meisten resigniert. Die Lernschwestern, die genauso hart arbeiten müssen wie alle andern, dazu aber noch den Launen und den Zensuren der Stationösen ausgeliefert sind, sind entsetzt vor dem, was sie erwartet, wenn sie ältere Kolleginnen, 50 Jahre, vom vielen Heben ein kaputter Rücken, zur Arbeit humpeln sehen. Viele Lernschwestern nehmen Drogen. Der Kaffeeverbrauch der Schwestern ist sehr hoch.

Konsequenzen für unsere Arbeit

1. Prinzipiell wissen wir keine. Deshalb: wenn Ihr Kampferfahrungen aus Krankenhäusern (auch aus negativen kann man lernen) habt, dann schreibt sie uns. Kontaktadresse am besten WWA, die es uns weiterleitet.
2. Es wäre denkbar, durch langfristige Öffentlichkeitsarbeit (Stadtteilarbeit) und Patientenagitation ein Bewußtsein über das Krankenhauswesen zu schaffen, daß es uns erlauben würde, begrenzte Streiks (Aufrechterhaltung eines Notdienstes, keine Beeinträchtigung der Versorgung von an besonders schweren oder schmerzhaften Erkrankungen Leidenden) durchzuführen, ohne daß man uns und die Bevölkerung gegeneinander ausspielen kann. Die Voraussetzungen für die Patientenagitation halte ich für gut, denn die Patienten sehen die Arbeitsüberlastung des Personals. Kein einziger (!) weiß jedoch etwas vom NC an den Krankenpflegeschulen, sondern sie kennen nur die Lügen von wegen „Keiner ist mehr zum Dienst am Mitmenschen bereit". Ich vermute aber, daß man dem Staat den NC an den Krankenpflegeschulen zehnmal übler nimmt als den an der Uni.

Es ist daher notwendig

- den NC an den Krankenpflegeschulen ins öffentliche Bewußtsein zu bringen.
- einen Weg zu finden, die „Kunstfehler" am Krankenhaus publik werden zu lassen, ohne sich Repressalien wegen Verletzung der Schweigepflicht auszusetzen.
- den Patienten ihre Einstellung zur Krankheit als „Schicksal" zu nehmen. Man muß die Medizin und den Medizinmann entmystifizieren, um ein Bewußtsein davon zu schaffen, daß Gesundheit eben nicht nur Schicksal ist, sondern im wesentlichen an bestimmte finanzielle und institutionelle Voraussetzungen gebunden ist, gegen die sich Staat und Kappies mit Händen und Füßen wehren. Deshalb: keine Heimlichtuerei gegenüber Patienten.

Eine Hamburger Krankenhaus-Gruppe

Das Ding hier ist unvollständig und nicht auf dem neuesten Stand, ich weiß. Es ist aber besser es trotzdem zu veröffentlichen, um einen Erfahrungsaustausch anzuregen, der uns nur nützen kann. Ausführlichere Informationen und weitere Aspekte der Sache stehen in dem Heft „Proletarische Front – PK 1: Gesundheitswesen der BRD" und im „ID Gesundheitswesen Heft 2: Schwerpunktthema Krankenhaus" (Sozialistisches Büro).

Foltermethoden im Strafvollzug: Einzel-Normalzelle im Untersuchungsgefängnis Hamburg.

In den Ländern mit demokratischen Rahmenbedingungen wie der BRD ist physische Folter, Folter die Spuren hinterläßt, inopportun. Sie steht im Widerspruch zum Deckmantel der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit, in den sich der Herrschaftsapparat hüllt. Die Folter, die keine Spuren hinterläßt erlaubt es dem Herrschaftsapparat seinen Feind zu vernichten und gleichzeitig die Öffentlichkeit über sein menschenvernichtendes Tun hinters Licht zu führen. In den Gefängnissen der BRD wird die sensorische Deprivation/soziale Isolation angewandt. Wesentlich ist, daß im Unterschied zu anderen politischen Gefangenen, die Gefangenen aus der RAF ausnahmslos vom Anfang ihrer Gefangenschaft an dem Vernichtungsprogramm der sensorischen Deprivation und sozialen Isolation unterworfen wurden. Wie konsequent das als Programm durchgeführt wird, also wildsystematisch, zeigen die Festnahmen vom 4. Februar 74, bei denen den gefangen genommenen RAF-Genossen Kapuzen beim Transport zum Gefängnis übergezogen wurden. Nicht **direkte** Einwirkung auf den Körper eines Menschen, nicht äußerlich sichtbare, leicht denunzierbare Folter ist hier das Prinzip, sondern Folter durch Entzug.

- Entzogen wird nicht die physische Fähigkeit zu sprechen, zu hören (es wird nicht die Zunge, das Ohr abgeschnitten). Sondern entzogen wird die Möglichkeit zur Kommunikation, die Organen, Ohr, Zunge, Gehirn erst Nahrung gibt, ihre Funktion ausmacht.
- Entzogen wird nicht die Sehfähigkeit, das Augenlicht (es wird nicht geblendet). Sondern entzogen wird die Möglichkeit, mit den Augen etwas zu sehen – Bewegung, andere Menschen.
- Entzogen wird nicht die subjektive Fähigkeit der Sinnesorgane, sondern ihr Objekt, ihr Inhalt; sie werden nutzlos, funktionslos, ausgehungert.

Daß die Gefangenen aus der RAF vernichtet werden sollen, ist eine Tatsache, die gerade in letzter Zeit wieder verstärkt von der bürgerlichen Presse verschleiert und geleugnet wird.

Geht man nach dem Artikel im Spiegel, wird nur noch ein Gefangener aus der RAF – Ronald Augustin – total isoliert im Toten Trakt von Hannover. Abgesehen davon, daß diese Darstellung glatt lügt und nicht den realen Tatsachen entspricht, läßt sie (bewußt) aus, was die Wirkung der Folter ausmacht – den Faktor der Zeit – und spricht eben nicht davon, was jahrelang, genau seit 1970, vorausgegangen ist: Isolationsmaßnahmen an ausnahmelos allen RAF-Gefangenen.

Bei bisher allen als Ausnahmeregelung genehmigten Gefangenenkontakten für isolierte Gefangene stellte sich heraus, daß es von der Sicherungsgruppe Bonn des BKA organisierte und kontrollierte Kontakte waren, mit Gefangenen, die als Spitzel und Zeugen für die Prozesse dienen sollten. Bei der Aufhebung einzelner Isolationsmaßnahmen bei einigen Gefangenen blieb die tatsächliche Isolation bestehen, weil z. B. die Gefangenen nur durch bewaffnete Sicherheitsbeamte abgeschirmt zu Gemeinschaftsveranstaltungen zugelassen wurden. Die politischen Gefangenen weigern sich unter diesen Bedingungen an Hofgängen oder Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen.

Ausgangspunkt zu Beginn des Hungerstreiks war die Isolierung aller RAF-Gefangenen, wobei eine Auflockerung der Isolation bei Holger Meins bestand, allein in Berlin die Isolation aufgehoben war, mit der Einschränkung, daß Ulrike Meinhof zu dem in Berlin stattfindenden Prozeß allein in den sogenannten Turm von Berlin-Moabit gesperrt wurde. Insgesamt muß jedoch gesagt werden – und das ist der springende Punkt –, daß Anzahl und Art der angeordneten Isolationsmaßnahmen bei einzelnen Gefangenen zum Teil sehr verschieden voneinander sind. Warum das so ist, hat der ehemalige Bundesanwalt Martin in einem Ausspruch selbst charakterisiert: „Die ständige ärztliche und psychologische Betreuung stellt sicher, daß die Haftbedingungen der jeweiligen körperlichen und physischen Lage der einzelnen Gefangenen angepaßt werden."

Dementsprechend ist es nach Martin nicht Aufgabe der Ärzte und Psychologen im Knast, entstehende Krankheiten zu behandeln oder gar an deren Ursachen zu rütteln, sondern Haftbedingungen zu gestalten, sie so zu gestalten, daß sie zu „der jeweiligen körperlichen und psychischen Lage des einzelnen Gefangenen" „passen"; mit dem medizinischen und psychologischen Diagnose-Apparat an die Gefangenen „jeweilig" heranzutreten, die „körperliche und psychische Lage" als Gegebenes hinzunehmen, um dann den Vollzugsbehörden mitzuteilen, wie die Folter „passend" zu dosieren ist, um nicht zur plötzlichen, sichtbaren, sondern zur chronischen Vernichtung zu führen.

Bei der Dosierung der Isolation spielen isolationsverschärfende Maßnahmen eine Rolle, wie Sprechverbot, Zellenrazzien, angeschaltetes Licht auch bei Nacht, Einschränkung des Briefverkehrs, Besuchsstopp, Entzug aller Einrichtungsgegenstände, Verlegung in den Toten Trakt usw.

Also: Erst die Gesamtheit der Isolationsmaßnahmen, ihre Dosierung und der Faktor der Zeit machen die Wirkung der Isolationsfolter aus.

Zu der individuellen Anpassung der Haftbedingungen an die jeweilige körperliche und psychische Lage des einzelnen Gefangenen gehört auch die zeitweilige Herausnahme aus der totalen Isolation.

Über die zeitweilige Herausnahme wird ein Ziel der Isolationsfolter klar. Eine Gefangene sagte dazu, nachdem sie über Monate im Toten Trakt isoliert wurde und dann rauskam: „als Mittel/Methode ganz klar zu vergleichen mit dem, was sie z. B. mit den Tupamaros machen, sie in Erregungszustände und Todesqualen reinfixen, kurz vorm Abkratzen Pentotal – das plötzliche Entspannung und Euphorie aufzwingt. Der Gefangene, erwartet man, verliert nun die Selbstkontrolle. Quatscht".

Also Ziel sind Geständnisse.

Über das genannte Beispiel wird ein weiteres Ziel der Isolationsfolter klar: Kommt der Gefangene aus der totalen Isolation des Toten Traktes, soll er von einer Angst bestimmt werden, der Angst, daß er wieder isoliert wird. Wenn der Gefangene es nicht verhindert, daß diese Angst ihn bestimmt, wird er versuchen, selbst etwas zu unternehmen, damit er nicht wieder zurück in die Isolation verlegt wird. Er könnte dies nur verhindern, wenn er mit seinen Henkern zusammenarbeitet. Das Ziel wäre erreicht. Der Gefangene gibt seine politische Identität auf, die gerade dadurch konkretisiert und aufrechterhalten bleibt, daß er sich total verweigert gegenüber denen, die alles tun, die totale Verfügung und Kontrolle über ihn zu erlangen.

Also: Ziel der Isolationsfolter ist, die politische Identität zu zerstören, ihn zur Aufgabe seines Kampfes zu zwingen, die Zerstörung seiner Handlungsfähigkeit herbeizuführen. Dieses Vernichtungsinteresse wird über die Isolationsbeschlüsse der Justiz verdeutlicht, so Richter Haakmann gegen Ronald Augustin: „. . . es ist unbedingt zu verhindern, daß der Gefangene Augustin mit einem anderen Gefangenen körperlichen, akustischen oder sonstigen Kontakt aufnehmen kann. Daher darf sich während des Aufenthaltes des Gefangenen außerhalb seiner Zelle möglichst kein weiterer Gefangener in seiner Nähe aufhalten . . ."

Einerseits gilt die Isolationsfolter der Aussageerpressung und da bisher die Gefangenen aus der RAF geschwiegen haben, ihrer Vernichtung. Andererseits besteht das Interesse des Haftvollzugs, alle Kontakte zwischen den politischen Gefangenen und den anderen Gefangenen zu verhindern, wie aus Beschlüssen deutlich wird: So gegen Ilse Stachowiak: Die strenge Einzelhaft wird durch Beschluß nicht aufgehoben. Begründung: „. . . . Die Staatsanwaltschaft weist auf das besondere Sicherheitsrisiko in vorliegende;Sache hin. Die Beschuldigte gehört zu anarchistischen Gruppen, die mit allen Mitteln nicht nur die bestehende Gesellschaftsordnung, sondern insbesondere auch die Strafverfolgungs- und Haftvollzugsinstitutionen revolutionieren wollen. Der Widerstand im „Knast" und die Revolutionierung aller Insassen findet sich in fast allen Publikationen, die die Beschuldigte auch jetzt noch von ihren Freunden zugesandt erhält".

Die Isolationsfolter ist deshalb zugleich auch gegen alle anderen Gefangenen gerichtet, in dem sie verhindern soll, daß Kontakt, Zusammenarbeit, oder gar Solidarität zwischen den Gefangenen entsteht.

Die Gefangenen haben in einem Brief vom 17.12. 74 an Herrn Dr.Gustav Heinemann den Kompromißvorschlag gemacht, alle politischen Gefangenen bei Aufhebung der Isolation untereinander in einer Vollzugsanstalt zu konzentrieren. Diesen Kompromißvorschlag halten die Gefangenen aufrecht.

Den Gefangenen in Hamburg wurde inzwischen auch der stündliche Spaziergang und der Genuß von Kaffee, Tee und Tabak gestrichen. Zu ihrer prekären Situation kommen jetzt auch noch Entzugserscheinungen hinzu, Daß der Kreislauf überhaupt noch funktionierte, war auf den Genuß von Kaffee, Tabak und Spazierhof zurückzuführen gewesen.

In Isolation befinden sich die Gefangenen: August, Baader, Becker E., Beer, Blenck, Eckes, Ensslin, Grashof, Grundmann, Heißler, Hoppe, Jünschke, Meinhof, Möller, Pohl, Quante, Roll (obwohl Strafgefangener, Raspe Stachowiak)

Nur 6 weibliche Gefangene der An– Berlin/Lehrterstr. sind gleichgestellt worden.

Wie die Verteidiger der RAF-Gefangenen erklärten, stammt das vom Generalbundesanwalt eingeführte sogenannte 'Zellenpapier Nr.I' nicht von den isolierten Gefangenen. Auf dieses Zellenpapier gründet sich zum Teil die Ablehnung des Antrags der Verteidiger zur Aufhebung der Isolation bei allen Gefangenen am 19.12.74 durch Richter Prinzing.